Sönke Zankel

„...zerstört den Glauben der Schüler an die jetzige Führung“

Dissens und Eigensinn: Wie der Reinbeker Lehrer Julius Schreck vom NS-Staat verfolgt wurde

AKENS

ISHZ
Beiheft 7

Sönke Zankel

**„...zerstört den Glauben der Schüler
an die jetzige Führung“**

**Dissens und Eigensinn:
Wie der Reinbeker Lehrer Julius Schreck
vom NS-Staat verfolgt wurde**

ISHZ-Beiheft 7

Herausgegeben vom
**Arbeitskreis zur Erforschung des
Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.
(AKENS)**

Kiel 2014

Quelle: Stadtbuch Reinbek

Öffentliche Präsenz, wenig beachtet: ein SA-Musikzug am Schmiedesberg in Reinbek

Prolog: Eine Stadt, eine Stimmung

Nationalsozialismus und Alltag – beides wird sich in Reinbek gegenseitig durchdrungen haben. Anfangs seltsame politische Aufzüge, Gewaltdrohung und Tötlichkeiten, später – nach der Machtkonsolidierung – die als selbstverständlich hingegenommene Allgegenwart der Partei und ihrer Gliederungen. Fahnen und Uniformen im Stadtbild: ein gewohnter Anblick.

Wie beim Schützenfest: einer der Höhepunkte des Jahres, ganz selbstverständlich sind die Partei-Insignien an zentraler Stelle präsent. Von Kindern bestaunter Umzug, Spalier der Uniformierten auf der Festwiese in der Loddentallee, Rede eines Funktionärs, massenhaft gehobene rechte Arme. Niemandem dürfte mehr aufgefallen sein, dass die Musiker NS-Uniformen trugen, offenbar angetrunkene Schützen grüßen „deutsch“ – alles vermischt, alles eins? Dokumentiert in Fotos von Ilse Hamann.

8

Ein Klima, das kaum ungewöhnlich, sondern wohl weit verbreitet gewesen sein dürfte im Deutschland nach 1933. Wer innerhalb der Diktatur lebte, arrangierte sich mit staatlicher Lenkung und allgegenwärtiger NSDAP; wer ausgegrenzt wurde, war Ziel der Unterdrückung und der Verfolgung ausgesetzt. Und verfolgt, verdrängt, vergessen wurden nach 1945 die wenigen integren Personen, die Kritik gewagt und öffentlich geäußert haben. Zeit, einem Bild eine wichtige Facette zurückzugeben.

Portfolio: Eine Stadt, eine Stimmung

Ideologie fest integriert – das Reinbeker Schützenfest (1936 oder 1938)

Gedächtnis einer Stadt – lückenhaft

Reinbek im Nationalsozialismus. Sucht man nach Literatur zu diesem Thema, dann findet man kaum etwas. Es verwundert, dass nach so langer Zeit fast keine Veröffentlichungen zu den damaligen Ereignissen vorliegen. Dabei scheint es durchaus lohnenswert zu sein, diese Epoche für Reinbek zu untersuchen. So sagt der Zeitzeuge Bernhard Donati, seinerzeit ein Jugendlicher, Reinbek sei der „optimale Nährboden für das damalige Gedankengut des Nationalsozialismus“¹ gewesen. Und eine Aussage aus einem Entnazifizierungsverfahren verdeutlicht auch, wie vor allem die SA und ihr Truppführer Richard Rathmann in Reinbek – das Mitte der 1930er-Jahre keine 4.000 Einwohner zählte – bisweilen auftrat:

„Es kann im Jahre 1938 oder 1939 gewesen sein, genau kann ich mich nicht mehr besinnen, als Rathmann mit einem SA Trupp, den R. führte, durch die Bahnhofstraße marschierte. Ich stand damals in meinem oberen Garten und konnte von dort folgendes beobachten. In der Bahnhofstr. standen zwei Herren, die sich unterhielten. Zur selben Zeit marschierte Rathmann mit seinem SA Trupp die Bahnhofstr. in Richtung des ehemaligen Adolf-Hitler-Platzes, heute Landhausplatz. Der SA Trupp führte eine entrollte Hakenkreuzfahne mit, die aber von den beiden Herren nicht bemerkt worden war. Plötzlich sprang Rathmann zur Seite und schlug mit seiner Faust einem Herrn in das Gesicht, so daß das Blut aus der Nase spritzte und in erheblichem Maße seine Kleidung bespritzte. Der SA Trupp marschierte dann unter Führung von Rathmann weiter in Richtung Stadtmitte. [...] Der Vorgang ist in der Gemeinde Reinbek mehrfach bekannt.“²

Es gab offensichtlich nicht bei jedem in Reinbek grenzenlose Zustimmung, sondern auch Formen von Dissens und Opposition. Julius Schreck, damals Lehrer an der Reinbeker Sachsenwaldschule, zählte zu jenen, die erwünschte – und oft erzwungene – vorbehaltlose Zustimmung zum Regime verweigerten. Er soll sich gegenüber Lehrern und Schülern in der Zeit des Nationalsozialismus „staatsfeindlich“ geäußert haben und kam deswegen vor Gericht. In einem Schreiben des Oberstaatsanwalts beim Sondergericht Kiel heißt es dazu: „Der Beschuldigte [Julius Schreck] hat wiederholt und zum Teil in recht übler Weise staatsfeindliche Äußerungen gegenüber seinen Schülern fallen lassen. Ein derartiges Verhalten muß als recht gefährlich angesehen werden.“³

Auch wenn es viele Publikationen zum Thema Schule und Nationalsozialismus gibt,⁴ findet Julius Schreck in der Literatur fast keine Erwähnung. In dem Buch *Reinbek* von Dirk Bavendamm ist lediglich salopp davon die Rede, dass „ein Lehrer wegen lockerer Äußerungen von der Gestapo hinter ‚schwedische Gardinen‘ gebracht“ worden sei.⁵

Über NS-kritische Lehrer aus Schleswig-Holstein oder solche, die verfolgt wurden, liegen bisher kaum Veröffentlichungen vor. Lediglich ein kurzes Buch von Gerhard Hoch über den Lehrer Gustav Meyer fällt auf.⁶ Dabei ergab eine Anfrage beim Landesarchiv in Schleswig, dass dort Akten von rund 20 Strafverfahren aus der NS-Zeit gegen Lehrer vorliegen.

Annäherung an einen kritischen Kopf

Hier soll der Fall Julius Schreck näher untersucht werden. Insbesondere soll herausgefunden werden, warum der Lehrer Julius Schreck vom NS-Staat verfolgt wurde und wo er politisch einzuordnen ist. Zudem wird danach gefragt, wie sich die Schule in dem Fall verhielt und hierbei insbesondere seine Lehrerkollegen: Setzten sie sich für ihn ein, um ihn zu schützen? Und was taten die Schüler? Stellten sie sich schützend vor ihren Lehrer, um ihn vor dem möglicherweise Schlimmsten zu bewahren? Für die Zeit nach 1945 soll der Fokus auf die Entnazifizierung gelegt werden, indem danach gefragt wird, wie sich Julius Schreck als politisch Verfolgter gegenüber seinen Lehrerkollegen verhielt, die vorher in dem Verfahren gegen ihn ausgesagt hatten.

Diesem Beitrag liegen die Akten des Sondergerichts zugrunde, ferner wurden Schrecks Personalakten aus dem Stadtarchiv Reinbek, aus dem Kreisarchiv Stormarn sowie aus dem Archiv der Sachsenwaldschule herangezogen. Auch im Landesarchiv Schleswig lagernde Personal- und Entnazifizierungsakten wurden ausgewertet. Dabei geht es jedoch nicht nur um Schrecks eigene Akten, sondern auch um Akten von den Personen, die in dem Sondergerichtsverfahren eine Rolle spielten. Während die Entnazifizierungsakten eine schwierige Quellengattung sind, bieten gerade die Personalakten einen behördlichen, bürokratischen Blick auf die Person Julius Schreck. Im Bundesarchiv in Berlin konnte zudem u. a. eine Akte des Reichsjustizministeriums zu dem Fall aufgefunden werden.

Auch das wenige aus Schrecks Nachlass erhaltene Material ist in diese Arbeit eingeflossen. Zugleich wurde per Zeitzeugenaufwurf in der lokalen Presse nach Erinnerungen an den Lehrer Julius Schreck gefragt, worauf sich mehrere Personen meldeten, die für diesen Beitrag befragt wurden.

Biografische Skizze

Die wichtigsten Akten zum Fall Julius Schreck liegen im Landesarchiv in Schleswig. In der Akte des Sondergerichts Kiel mit der Signatur Abt. 358, Nr. 5735 hat der nationalsozialistische Staat fast alles gesammelt, was er in dem Verfahren gegen Julius Schreck zusammentragen konnte.

In der Akte befindet sich ein Protokoll der ersten Vernehmung von Julius Schreck durch die Geheime Staatspolizei, die die Aufgabe hatte, die politischen Gegner, die angeblichen und tatsächlichen Staatsfeinde zu verfolgen. Das Protokoll ist auf den 25. März 1943 datiert. An diesem Tag hatte die Gestapo im Rathaus in Reinbek offensichtlich einen oder mehrere Räume belegt, um Vernehmungen im Fall Julius Schreck durchzuführen. Schreck musste dabei erstmals selbst zu den Vorwürfen Stellung nehmen.

Als erstes wurden Angaben zur Person abgefragt. Name: Julius Johann Wilhelm Schreck. Geboren: 27.9.1891 in Dickschied (Unter-taunus). Anschrift: Reinbek in der Bismarckstraße 17. Ehefrau: Erika, geb. Luithlen. Kinder: drei, im Alter von 15, 16 und 17. Einkommen: monatl. 750 RM. Arbeitgeber: Zweckverband Sachsenwaldschule. Orden und Ehrenzeichen: Treueehrenzeichen für Beamte, Eisernes Kreuz II. Klasse und Kriegsverdienstkreuz für Frontkämpfer. Schreck war also für seinen Wehrdienst im Ersten Weltkrieg ausgezeichnet worden. Die Antwort auf die Frage nach den Vorstrafen entsprach sicher nicht dem Wortlaut seiner Antwort: „angeblich keine“, notierte der Gestapo-Beamte.⁷

Hier zeigt sich schon das tiefe Misstrauen der Gestapo gegenüber jemandem, gegen den der Vorwurf erhoben wurde, er sei ein Gegner des nationalsozialistischen Staates. Man kann heute nur erahnen, wie sich Julius Schreck an diesem 25. März 1943 im Rathaus in Reinbek gefühlt haben muss; er wird wohl ständig im Hinterkopf gehabt haben, dass es hier um sein Leben gehen könnte.

Die Gestapo fragte nach Mitgliedschaften. Antwort: in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, im Nationalsozialistischen Lehrerbund, Reichsluftschutzbund und auch Förderndes Mitglied der SS.⁸ Auf den ersten Blick verwundert die Antwort etwas. Jemand, der die Nationalsozialisten

Hochzeit von Julius und Erika Schreck, 8. August 1924

kritisiert haben soll, war Mitglied in so vielen Gliederungen der NSDAP? Auf der anderen Seite war er als Beamter nicht in die NSDAP eingetreten.

Laut Akte des Sondergerichts hatten zwei Kollegen den kompletten Eintritt des Lehrerkollegiums der Sachsenwaldschule in die NSDAP empfohlen, Schreck habe dieses Verfahren jedoch aus „innerlichem Widerstreben abgelehnt“.⁹ Im NS-Lehrerbund, das zeigen Akten des Bundesarchivs, wurde er erst am 1. Dezember 1938 Mitglied.¹⁰

Sicher, die Einordnung der Menschen in gewisse Kategorien ist nicht einfach und oft vielleicht gar nicht möglich; hier die Nationalsozialisten, dort die Widerstandskämpfer und dann noch die Opfer. Das Handeln der Menschen läuft nicht immer so, dass man sie bequem in Kategorien einteilen kann. Julius Schreck scheint, so der erste Eindruck, nach diesen Angaben und auch aufgrund seiner Mitgliedschaften jedenfalls jemand gewesen zu sein, der sich nicht sonderlich von den meisten Deutschen während jener Jahre unterschied, auch nicht von den damaligen Lehrern.

Hinweise auf Schrecks politische Position vor 1933 sind in der Akte fast gar nicht vorhanden. Seine Angaben in seiner ersten Vernehmung sind nicht ungewöhnlich: Vor 1933 habe er mit der Deutschnationalen Volkspartei sympathisiert. Nach 1929, so gab er hier an, habe er „stets nationalsozialistisch gewählt“.¹¹ Nun lassen sich die Aussagen zu seinem Wahlverhalten nicht überprüfen; gerade die Angaben zur Unterstützung der NSDAP können genauso gut auf die Verhörsituation zurückzuführen sein. Man darf nicht vergessen, unter welchem Druck der Reinbeker Pädagoge damals stand.

Wie verlief aber sein Lebensweg jenseits der Politik? Und wie war Schreck nach Reinbek gekommen? Er hatte die Volksschule in Bärstedt, anschließend das Realgymnasium in Bad Ems und hiernach die Oberrealschule am Ziethenring in Wiesbaden besucht, wo er 1911 sein Abitur ablegte. Julius Schreck gab an, dass der Entschluss, Lehrer zu werden, auf den Einfluss seines Elternhauses zurückzuführen war – sein Vater war Volksschullehrer.¹²

Er studierte in Freiburg im Breisgau, in München und in Marburg Germanistik, Geschichte, Erdkunde und Evangelische Religion. Am Beginn des Ersten Weltkriegs meldete er sich freiwillig und unterbrach aufgrund des Kriegseinsatzes sein Studium. Nach Kriegsende nahm er es wieder auf und legte 1922 sein Staatsexamen ab. Das Vorbereitungsjahr sowie die anschließende pädagogische Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen absolvierte er am Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Koblenz (heute Görres-Gymnasium).

Über Umwege, wie beispielsweise ein Lehrauftrag an der Koblenzer Hilda-Schule, eine kurze Tätigkeit in der Industrie und eine begonnene

Die Sachsenwaldschule in Reinbek im Jahr ihrer Fertigstellung, 1926

Doktorarbeit,¹³ kam er schließlich 1928 als Studienrat an die Sachsenwaldschule nach Reinbek.¹⁴

Verfolgung des Lehrers Julius Schreck

Was warf man dem Reinbeker Lehrer nun aber konkret vor, warum ermittelte man gegen ihn? Die erhaltenen Akten geben Auskunft. Offensichtlich hatte sich bezüglich Julius Schrecks in Reinbek einiges angestaut, bis es am 11. März 1943 erstmals auf der politischen Ebene besprochen wurde, also zwei Wochen vor seiner Vernehmung im Reinbeker Rathaus.

An jenem 11. März traf sich die Reinbeker SA zu einer Unterführerbesprechung. In den Sondergerichtsakten ist gleich am Beginn vermerkt, dass mehrere Unterführer „ohne Aufforderung“¹⁵ Meldung über Julius Schreck erstatteten. Als erstes ist die Meldung von Truppführer Richter aus Wentorf notiert. Seine Kinder seien von Schreck unterrichtet worden, und der Pädagoge habe sich im Unterricht immer wieder zu „politischen Dingen“ geäußert – aber nicht im nationalsozialistischen Sinne.¹⁶ Genaueres konnte Richter aber nicht berichten.

Studienrat und SA-Führer Karl Jäger erzählte von einem Gespräch mit seinem Kollegen Schreck: Jäger habe Schreck berichtet, seine Frau sei

Quelle: Stadtarhiv Reinbek

Exkurs I: Die NSDAP in Reinbek

Zwar gab es schon in den frühen 1920er Jahren in Reinbek Nationalsozialisten, die Ortsgruppe der NSDAP wurde dort jedoch erst am 2. Dezember 1928 gegründet. Auch aus den Nachbarorten (die heute zum Teil zu Reinbek gehören) Wentorf, Schönningstedt,

Stimmabgabe bei der Reichstagswahl 1938 in Reinbek

Glinde, Ohe, Wohltorf und Aumühle kamen Mitglieder dazu, die „für den Führer und seine Idee arbeiten“ wollten. Anscheinend erst langsam feierten die Nationalsozialisten der Ortsgruppe Reinbek bezüglich neuer Mitglieder Erfolge. Sympathisanten gab es dennoch schon Ende der 1920er Jahre.

Bis zur Reichstagswahl im Mai 1928 hielten sich die Stimmergebnisse der NSDAP leicht über dem Reichsdurchschnitt. Reinbek war eine DVP und DNVP-Hochburg, diese beiden bürgerlichen Parteien kämpften um die Vorherrschaft in der Wählerschaft. Mit der Gemeindevahl im November 1929 konnte die NSDAP mit 236 von 1303 abgegebenen Stimmen¹⁷ (= 18,1 %) das erste Mal als ernsthafte Konkurrenz zu den bürgerlichen Parteien auftreten. Sie steigerte sich bei den Reichstagswahlen vom September 1930 auf 522 Stimmen (= 31,3 %) und errang im März 1933 sogar 810 Stimmen (= 45,5 %).¹⁸ Dagegen sank – aufgrund der bei Kommunalwahlen üblichen größeren Wahlenthaltung? – bei der Gemeindevahl vom 12. März 1933 der Stimmenanteil für die NSDAP auf 474 Stimmen von 1507 abgegebenen Stimmen (=31,6 %) ab. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten brachte anscheinend einen größeren Zulauf. Man müsse staunen, so schrieb der Ortgruppenleiter Max Klempau im Jahre 1938, „über die vielen Nazis, die plötzlich da waren.“

Aber auch andere Gliederungen der Partei wurden in Reinbek gegründet. So gab es ab 1931 die SA, ab 1932 die NS-Frauenschaft und den Bund Deutscher Mädel. Die Hitlerjugend wurde sogar früher gegründet, im Jahre 1929 von damals sieben Jungen.

Bis heute muss die Geschichte der NSDAP in Reinbek als unerforscht gelten.

bereits nach sechs Tagen aus der Entbindungsanstalt entlassen worden, woraufhin Schreck gesagt habe, dies sei „nationalsozialistisch, der Staat wolle die Frauen kaputt machen.“ Zudem soll Schreck gesagt haben, früher habe es Märchen gegeben, heute Wehrmachtsberichte.¹⁹ Damit hatte Julius Schreck die Glaubwürdigkeit des NS-Staates direkt in Frage gestellt. Für die SA stand fest, dass gegen Schreck vorgegangen werden sollte. Nicht zuletzt auch deswegen, da er schon einmal wegen entsprechender Äußerungen einen Verweis bekommen hatte.²⁰ Die Reinbeker SA leitete ihre Erkenntnisse an die Gestapo in Lübeck weiter, die der Sache nun auf den Grund gehen wollte und Ermittlungen einleitete.

Es folgten die Vernehmungen in Reinbek. Als erstes wurde aber nicht Julius Schreck selbst verhört, sondern zwei Schüler, darunter der vorgeladene Schüler P. Seit drei Jahren war Julius Schreck sein Klassenlehrer. Der Fünfzehnjährige sagte aus:

„Es ist richtig, dass der Studienrat Schreck bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit über aktuelle Kriegsgeschehen und andere politische Vorkommnisse meckert bzw. sie kritisiert. So hat er z. B. während einer Erdkundestunde im September des Jahres 1942 [...], als wir über die Erzverschiffung aus Schweden sprachen, öffentlich in der Klasse erklärt: Die Schweden lieferten nicht nur Erze nach Deutschland, sondern auch Russland bekäme noch genügend Erzlieferungen von Schweden. Die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel nannte er jetzt kürzlich, ungefähr im Februar 1943, als normalen Hungerzustand. Des weiteren erzählte er uns, wenn er beim Milchholen im Laden Parteibonzen träfe, die entrahmte Frischmilch verlangen, er aus Protest stets Magermilch forderte.“ Damit spielte Schreck darauf an, dass die Formulierung „entrahmte Frischmilch“ beschönigend sei, und kritisierte zugleich die Parteifunktionäre.²¹ Weiter gab der Schüler an, dass Schreck „in versteckter Form fast während jeder Unterrichtsstunde irgendwelche Anordnungen der Reichsregierung in zynischer Weise bemängelt und kritisiert“ habe.²²

Es musste dem Schüler klar gewesen sein, dass er seinen Klassenlehrer damit stark belastete. Doch ist sein Verhalten nachvollziehbar; erstens war der Junge erst 15 Jahre alt, zweitens saß ihm in Form des Gestapo-Beamten zweifellos ein Stärkerer gegenüber, und drittens geht aus allen Quellen nicht hervor, wie das Verhältnis des Schülers zu seinem Klassenlehrer war. Schätzte er ihn, dann hätte er ihn eher geschützt; mochte er ihn nicht oder war Schreck ihm gleichgültig, sank die Motivation des Jugendlichen sicher, sich vor seinen Klassenlehrer zu stellen.

Die vierzehnjährige Schülerin A. war die Nächste, die vernommen wurde. Schreck war ihr Deutsch- und Geschichtslehrer. In dem Vernehmungsprotokoll des Mädchens ist zu lesen:

„Es ist richtig, dass der Studienrat Schreck sehr oft über aktuelle Tagesvorkommnisse meckert oder kritisiert; wenn es auch in der letzten Zeit nicht mehr so oft vorgekommen ist, so war es doch bis vor kurzem recht schlimm mit ihm. Irgendwie direkte Äußerungen von ihm wiederzugeben, bin ich nicht in der Lage. In der Hauptsache waren seine Meckereien auf die Zwangswirtschaft der Lebensmittel gerichtet. Er beklagte sich dauernd bei uns, dass er hungrig war. Auch kritisierte er dauernd die Kriegslage. [...] Von meinem Vater, dem ich mehrfach diese Vorkommnisse erzählt habe, habe ich jetzt den Auftrag bekommen, bei der nächsten Gelegenheit seine Äußerungen schriftlich niederzulegen, damit sie nicht wieder in Vergessenheit geraten.“²³

Hier zeigt sich die Wirkung der damaligen Politik: Bis in die persönliche Kommunikation reichte die Überwachung hinein. Der Lehrer tat im Klassenzimmer seine Meinung kund, zuhause berichtete eine Schülerin ihren Eltern, und der Vater forderte seine Tochter auf, alles zu notieren, letztlich nur, um keine andere Meinung als die der Partei zuzulassen.

Schrecks Anwalt kritisierte genau dies. In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft betonte er den „bedenkliche[n] Umstand“, „dass ein Vater seine Tochter als Schülerin veranlasst, sich spitze Bemerkungen oder Anzüglichkeiten, die der Lehrer zum Besten gibt, zu notieren. Dass hierdurch eine Schülerin zum Spitzel über ihren Lehrer gestellt wird, ist schon bedenklich; noch schädlicher dürfte sein, dass, wenn dieses Verfahren Schule machen sollte, damit jede gemeinschaftliche Erziehungsarbeit von Elternhaus und Schule unmöglich gemacht wird. Die einzige sachgemässe Methode in einem solchen Falle dürfte sein, dass sich der Vater, dem ein Schüler Bedenklichkeiten meldet, dieserhalb mit dem Direktor in Verbindung setzt; nur so kann der vermeintliche Misstand raschestens abgestellt und aufgeklärt werden.“²⁴

Nach den beiden Schülern wurden die Lehrer vernommen. Als erstes sprach die Gestapo mit Studienrat Karl Jäger. Er konkretisierte sogleich seine Aussage von der SA-Führerbesprechung. Dabei hob er vor allem hervor, dass Schreck Zweifel an der Glaubwürdigkeit der „angeblichen“ Erfolge der Wehrmacht hatte. Demnach sei es im Februar 1943 – also kurz nach der Niederlage der deutschen Armee in Stalingrad – zu einem Gespräch im Lehrerzimmer der Sachsenwaldschule gekommen; Schreck kritisierte nach dem Bericht seines Kollegen, dass die Wehrmachtsberichte vom Propagandaministerium herausgegeben würden. Sofort widersprachen ihm die anwesenden Kollegen. Schreck ließ sich aber nicht beirren und meinte, wer den militärischen Berichtstil kenne, der könne sofort sehen, dass diese Berichte nie von einem Militär geschrieben sein können. Der „Kollege“ Schrecks resümierte: „Ich habe ihn [...] seit Beginn des Krieges als einen ewigen Pessimisten kennen gelernt.“²⁵

Klar ist: Der Schutz eines Kollegen sieht anders aus. Zugleich versuchte Jäger die Ermittlungen der Gestapo zu unterstützen, indem er darauf hinwies, dass der Studienrat Franke eventuell auch noch weitere Angaben machen könne.²⁶

Ob die Gestapo erst durch diesen Hinweis auf den Studienrat Carl Franke gekommen ist, lässt sich nicht rekonstruieren. Fest steht jedoch, dass jener noch am selben Tag vernommen wurde. Franke war am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, am 1. Januar 1934 in den NS-Lehrerbund. In der Partei war er seit Mai 1933 zugleich Kulturwart und Blockleiter.²⁷

Franke und Schreck hatten zu diesem Zeitpunkt 15 Jahre an der Sachsenwaldschule zusammengearbeitet. Ein Grund für Zurückhaltung war dies jedoch nicht; Franke agierte schonungslos und sagte gleich zu Beginn: „Seine Stellung zum Nationalsozialismus ist von Anfang an ablehnend gewesen. Besonders im Krieg hat sich diese Einstellung noch bedeutend verschärft.“²⁸

Der Lehrer konkretisierte: „Er erzählt nicht nur vor dem Lehrerkollegium die unglaublichsten Dinge, sondern auch im Unterricht und zerstört den Glauben der Schüler an die jetzige Führung, und an den Sieg.“ So habe Schreck im Unterricht den Schülern gesagt, dass man in Deutschland nur von den militärischen Erfolgen erfahre, die Fehlschläge und Probleme würden jedoch verheimlicht werden.²⁹

Studienrat Franke lieferte sogleich eine Erklärung für das Verhalten Schrecks, die dem Beschuldigten noch größere Probleme bereiten musste: „Zur Charakterisierung des Schreck möchte ich noch folgende Vorfälle erwähnen: Als einziges Amt hat er den Posten eines Luftschutzwartes, er geht aber zu keiner Schulung. Als ihm seine Nachlässigkeit vorgehalten wurde, antwortete er von oben herab: ‚Ich lasse mich nicht schulen.‘ [...] Sämtliche von ihm getanen Äusserungen bringt er in einer arroganten Art zum Ausdruck. Seine ganze Lebensweise, die von keiner Einschränkung etwas wissen will, erinnert an das typische Benehmen eines Plutokraten.“³⁰

Schreck war tatsächlich standhaft, ließ sich nicht von seiner Überzeugung abbringen, hielt dem sozialen Druck stand und positionierte sich ent-

Quelle: Privatbesitz

Studienrat und NS-Führer Karl Jäger

sprechend auch nach außen. Studienrat Franke war sich bei seiner Aussage der Außenseiterrolle Schrecks bewusst und wendete sie zugleich gegen den Kollegen, wenn er gegenüber der Gestapo angab: „Ich betone aber ausdrücklich, dass meine Aussagen jederzeit vom gesamten Lehrerkollegium des Gymnasiums bestätigt werden können.“³¹

Während man eigentlich denken sollte, manche Gespräche im Lehrerzimmer seien quasi privat, so galt das nicht für die Zeit des Nationalsozialismus. Hier war jede Äußerung eine öffentliche, jede Bemerkung zum politischen Geschehen konnte erhebliche persönliche Konsequenzen nach sich ziehen, wenn sie denn nicht der Linie des NS-Staates entsprach.

Die ersten Verhöre waren nach der Vernehmung von Julius Schreck beendet. Es sollten über zwei Monate vergehen, bis es zur zweiten Serie von Vernehmungen kam. In der Zwischenzeit wurde Julius Schrecks Ehefrau Erika aktiv und versuchte, Stellungnahmen zugunsten ihres Mannes zu erwirken. So liegt der Gerichtsakte ein Schreiben des ehemaligen Schülers B. bei, den Schreck von der achten Klasse bis zur 12. Klasse im Jahr 1938 unterrichtete. Es ist wohl nicht als geschickt zu werten, dass B. gleich am Beginn schrieb, er mache dies auf Bitte von Frau Schreck. Anschließend führte er aus:

„Ab Untersekunda kam ich mit Studienrat Schreck über den normalen Gang des Unterrichts hinaus wegen meiner wohl etwas ausgeprägteren Einstellung in Geschichtsfragen und Ansichten über die nationalsozialistische Ideenwelt als H.J.-Führer in oft längeren Diskussion in nähere Berührung. Wenn ich auch zugeben muss, dass Studienrat Schreck in einer sehr zu achtenden Weise sich nicht vorbehaltlos zu den nationalsozialistischen Ideen und Methoden der Staatsführung aussprechen konnte, habe ich doch in keinem Fall den Eindruck gewonnen, dass Studienrat Schreck nicht im Grunde vollkommen positiv zur nationalsozial. Staatsführung steht. Gerade im Geschichtsunterricht kam bei der Behandlung des Werdens des Deutschen Reiches durch seine Unterrichtsführung besonders zum Ausdruck, wie sehr er den Kampf um Grossdeutschland mit starker Anteilnahme miterlebte und uns in grossen Perspektiven die Mächtigkeit der nationalsozialistischen Idee darstellte. Andererseits gab Herr Studienrat Schreck manchmal zu, dass er die einzelnen Fragen der nationalsozialistischen Weltanschauung besser von den Schülern selbst, die mehr darin lebten, behandelt sähe und es auch so durchführen liess, da seine konservativen Ansichten manchmal auf Widerspruch stiessen. Seine Ansichten richteten sich aber niemals gegen die Grundsätze des nat. soz. Staates, sondern forderten uns nur auf, über das allzu schnell von der Propaganda Vorgebrachte tiefer nachzudenken, was nach meiner persönlichen Ansicht auf der Oberstufe nur zu befürworten war.“³²

Exkurs II: Die Sachsenwaldschule

Nach dem Ersten Weltkrieg wuchs die Einwohnerzahl der Sachsenwaldgemeinden stetig an, so dass die Gründung einer höheren Schule bedeutend erschien. Im November 1924 wurde daher der „Verband Reformrealgymnasium Reinbek“ gegründet, dem neben Reinbek mehrere Gemeinden wie Aumühle, Lohbrügge oder Wohltorf beitraten. Als Schulstandort entschied man sich für Reinbek.³³

Der Zweckverband schrieb einen Wettbewerb für den Bau des Schulgebäudes aus, den der Architekt Heinrich Bomhoff gewann. Der Bau wurde dann nach den Plänen Bomhoffs realisiert, das Richtfest für das Gebäude fand am 19. September 1925 statt. Schon bald konnten die ersten Klassen des „Reform-Realgymnasium“, die die Monate zuvor bereits anderweitig unterrichtet worden waren, in das neue Gebäude umziehen. Am 24. Juni 1926 fand dann die offizielle Einweihung des Neubaus statt.

Die Zahl der Schüler stieg schnell an. Bereits Ostern 1929 waren es 347, in jenem Jahr wurde auch das erste Mal das Abitur an der Schule abgenommen.

Nach dem Tod des Direktors Wilhelm Wiechern wurde Rudolf Stienen der neue Schulleiter. Die Zahl der Schüler veränderte sich vorerst nicht wesentlich. Nach einem Rückgang auf 286 im Jahre 1932 verzeichnete die Schule 1938/39 bereits 335 Schüler.

Über die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 schrieb der damalige Rektor Stienen: „Der Anbruch der neuen Zeit voll-

Quelle: Privatbesitz Bernhard Donati

Heinrich Bomhof legte großen Wert auf eine künstlerisch-historisierende Innengestaltung

Momentaufnahme aus der Aula der Sachsenwaldschule während des Nationalsozialismus. In der Chronik 75 Jahre Sachsenwaldschule heißt es 1999 hierzu: „Die Aula wurde während der NS-Zeit auch von den staatlichen Organen in Beschlag genommen.“³⁴ Auch so lassen sich zeitgenössische Dokumente interpretieren ...

zog sich, im Gegensatz zu so vielen anderen höheren Schulen, ohne jeden Zwischenfall. Eine Tatsache, die dem Gemeinschaftsleben an der Schule und dem Geist, der in seinen Mauern herrschte, ein gutes Zeugnis ausstellt.“

1937 wurde die Schule in „Sachsenwaldschule Reinbek“ umbenannt. Die Lehrer der Schule wohnten zu dieser Zeit zumeist in Dienstwohnungen in der Schulstraße. 1939 waren alle Schülerinnen und Schüler der Sachsenwaldschule in der Hitlerjugend.³⁵ Nach den anglo-amerikanischen Luftangriffen auf Hamburg im Juli 1943 fanden viele der Ausgebombten Zuflucht in Reinbek und wurden im Gebäude der Sachsenwaldschule untergebracht.³⁶

Heute hat das Gymnasium Sachsenwaldschule über 1200 Schüler. Die Geschichte von Julius Schreck spielte an der Sachsenwaldschule bisher keine Rolle.

Zum Deutschunterricht Schrecks schreibt er: „Auch da hatten die neue Literatur und die nationalsoz. Dichtung in den oberen Klassen einen wesentlichen Anteil.“³⁷

Bei Betrachtung des bisherigen Aussgen fällt auf, dass Schreck anscheinend schon recht früh – möglicherweise spätestens ab Mitte der 1930er Jahre – in Teilen eine andere Position als die offiziell nationalsozialistische vertrat. Dennoch betonte der Schüler B., dass Schreck den Nationalsozialismus aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt habe. Ist diese Einschätzung nur aus der Situation zu erklären, weil Schreck eine Verurteilung drohte und sein ehemaliger Schüler sich für seinen Lehrer einsetzen wollte?

Es sind noch mehr Stellungnahmen für Schreck in der Akte vorhanden. Auch bei denen bleibt unklar, ob hier die Wahrheit ausgesprochen wurde oder ob die Schüler ihren Lehrer vor Schlimmerem bewahren wollten. Beispielsweise schrieb ein – jedoch ehemaliger – Schüler, dass er Schreck als einen Mann kennengelernt habe, „der in seinem Denken und Reden vorbehaltlos hinter dem III. Reich und seinem Führer steht. Als überzeugter Anhänger der nationalsozialistischen Idee hat Herr Studienrat Dr. [sic] Schreck sich stets bemüht, uns Schüler in die Grundgedanken des Nationalsozialismus einzuführen“.³⁸

Eine andere Schülerin ging in ihrer Stellungnahme noch weiter: Schreck „war uns stets ein vorbildlicher Erzieher. Aufgrund seiner absolut nationalen Gesinnung und seiner soldatischen Haltung hatte er sich bald die Zuneigung sämtlicher Klassenkameraden errungen. Seine nationalsozialistische Einstellung bot die Gewähr für eine gute weltanschauliche Schulung. Die Geschichte der Bewegung vermittelte uns Studienrat Schreck, der durch und durch Nationalsozialist ist, in anschaulicher Weise. Seine absolut positive Einstellung zum Grossdeutschen Reich Adolf Hitlers ging aus seinem Unterricht eindeutig hervor.“³⁹

Dennoch sollte nicht vergessen werden: Hier sind Bedenken gegen die Aussagekraft dieser Quellen notwendig.

Weitere Anschuldigungen

Bei den nächsten Verhören in Reinbek am 1. Juni 1943 zeigte sich, dass die Schüler Schreck dann – aus der Perspektive des NS-Staates – deutlich kritischer bewerteten. Besonders prägnant ist dabei das Verhör des Schülers F. Er bestätigte nicht nur, dass Schreck „politisch abfällige Äußerungen“ getätigt habe. F. gab auch an, dass Schrecks Sohn zu ihm gekommen sei und ihm aufgetragen habe, er solle „seinen Vater nicht so sehr schlecht machen“.⁴⁰ Kameradschaftlich war das nicht.

Die am 1. Juni vernommenen Lehrer äußerten sich nicht so negativ wie diejenigen, die Ende März verhört worden waren. Studienrat Kurt Stoldt versuchte beispielsweise abzuwägen:

„Ich habe den Eindruck, daß er die heutige Zeit noch nicht immer richtig betrachtet, aber auf der anderen Seite größte Mühe zeigt, ihr gerecht zu werden. Wie ich als Fachkollege feststellen konnte, hat er in der Zeit, wo ich hier bin, an sich gearbeitet und auch sich bemüht, nationalsozialistische Stoffe in steigendem Maße an die Schüler heranzubringen. Schr. neigt zwar sehr leicht zur Kritik, ich habe jedoch nicht den Eindruck, daß er die Bewegung als solche ablehnt. [...] Ich halte Schr. in keinem Falle für einen Querulanten, da er Belehrungen [...] jederzeit zugänglich war. [...] Zusammenfassend möchte ich bemerken, daß Schr. wohl verschiedentlich unbedachte Äußerungen politischer Art im engsten Kollegenkreis gemacht hat. Diese sind jedoch nicht auf seine Gesamthaltung entscheidend zu bewerten.“⁴¹

Dies war durchaus als Verteidigung für Schreck zu verstehen. Noch deutlicher sprach sich Studienrat Heinrich Frahm für Schreck aus: „Schr. war mir stets ein lieber in jeder Weise zuvorkommender hilfsbereiter Kollege.“ Er sei oft mit Schreck zusammengekommen und habe sich über politische Fragen mit ihm unterhalten. „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Schr. ein durchaus vaterlandsliebender Mann ist.“⁴² Zudem habe sich Schreck niemals herabsetzend oder verächtlich gegenüber dem Nationalsozialismus geäußert.⁴³

Ein besonderes Gewicht kam sicher der Aussage des Schulleiters der Sachsenwaldschule zu. Rudolf Stienen war zweifellos überzeugter Nationalsozialist. Er war u. a. seit dem 1. Mai 1933 Mitglied in der NSDAP und seit dem 1. Dezember 1933 im Nationalsozialistischen Lehrerbund.⁴⁴ In der Reinbeker Chronik von 1938 schrieb er einen Beitrag über die Sachsenwaldschule. Hier heißt es u. a., dass der „Tag der Machtergreifung durch unseren Führer auch für unsere Schule zu einem Tage der Freude und Erlösung aus einer richtungslosen Zeit“ geworden sei.⁴⁵

Stienen gab an, dass Schreck „vaterländisch eingestellt“ sei. „Aus allen seinen Reden ging die große Sorge um die militärische Entwicklung hervor. Von dem Führer hat er immer nur mit der größten Verehrung gesprochen, hat allerdings manchmal Maßnahmen von untergeordneten Parteidienststellen beanstandet, die ihm über das von oben verlangte Maß hinauszugehen schienen. Hieraus hat Schr. nie ein Hehl gemacht.“ Julius Schreck könne „in keiner Weise als zum heutigen Staat negativ eingestellt angesehen werden“.⁴⁶

Hinsichtlich der anfangs gestellten Leitfrage, wie sich die Schüler und Lehrer verhielten, als die Vorwürfe gegen Schreck erhoben wurden, fällt die

Schleswig-Holsteinische
Schulzeitung
Gauschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes

Quelle: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Exkurs III: Der Nationalsozialistische Lehrerbund

Der 1929 gegründete Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB), ein an die NSDAP angeschlossener Verband, war ein Zusammenschluss der deutschen Erzieher; die Schularart und die Vorbildung spielten bei der Mitgliedschaft keine Rolle. Seine Aufgabe bestand darin, die Lehrer weltanschaulich auszurichten, vor allem durch Schulungen und Fortbildungen, die auf nationalsozialistischer Grundlage stattfanden. Zugleich hatte sich der NSLB zum Ziel gesetzt, die Neuausrichtung des Schulwesens im nationalsozialistischen Sinne mitzugestalten. Sitz des NSLB war Bayreuth.⁴⁷

1932 wurde der NSLB im Gau Schleswig-Holstein von acht Personen gegründet. Man setzte sich vorerst zum Ziel, innerhalb des bestehenden Fachverbands, dem Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein, zu wirken, dort Mitglieder zu werben und Propaganda zu betreiben. Am 1. Januar 1933 zählte der NSLB im Gau Schleswig-Holstein 265 Mitglieder.⁴⁸ Mit der Machtübernahme am 30. Januar 1933 veränderten sich die Verhältnisse innerhalb der Lehrerschaft deutlich. Die Mitgliederzahl des NSLB nahm stark zu, die anderen Lehrerverbände wurden gleichgeschaltet.⁴⁹

Das zentrale Publikationsorgan des Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins, die *Schleswig-Holsteinische Schulzeitung*, wurde zur „Gauschrift“ des NSLB. Hier wurde nun auf breiter Ebene bei den Erziehern Propaganda betrieben. Die Vermittlung der nationalsozialistischen Ideologie wurde zum zentralen Inhalt der Zeitung gemacht.⁵⁰

Mit einem Erlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung wurde dem NSLB die nationalsozialistisch-politische Schulung der gesamten Erzieherschaft übertragen. Hierbei kam den Schulungslagern eine besondere Bedeutung zu. Dort standen zumeist politische, aber auch geschichtliche Themen im Mittelpunkt. So hatte im Jahre 1936 in Mölln ein Lehrgang den Leitspruch: „Die deutsche Schule soll dem Blut und Boden verbunden sein.“⁵¹

Auf Reichsebene ging man nach einer Erhebung aus dem Jahre 1936 davon aus, dass 97 Prozent aller Erzieher Mitglied im NSLB waren.⁵² Für Schleswig-Holstein liegen keine belegten Zahlen vor.

Antwort nicht einheitlich aus. Einige Lehrer versuchten nicht einmal, ihren Kollegen zu schützen; einer war sogar daran beteiligt, dass die Gestapo überhaupt gegen ihn ermittelte.

Ob diese Lehrer aus politischer Überzeugung oder aus persönlichen Motiven handelten, lässt sich nicht mehr klären. Andere Kollegen hielten stärker zu Schreck, sie stellten sich zum Teil sogar vor ihn. Ihre Aussagen zeigen, dass sie zumindest im unmittelbaren Umfeld ein Maß an Menschlichkeit behielten, denn Schrecks politische Kritik wird ihnen bekannt gewesen sein. Dass diese Aussagen insofern das politische Denken Schrecks adäquat abbilden, bleibt mehr als fraglich.

Bei den Schülern sah es etwas anders aus. Gingen sie noch zur Schule, belasteten sie Schreck eher. Die – von der Ehefrau Schrecks angeforderten – Stellungnahmen ehemaliger Schüler fallen hingegen positiver aus. Dieser Unterschied liegt sicher an der für Julius Schreck positiven Auswahl der Schüler.

Die späteren Erinnerungen von damaligen Schülern an das plötzliche Verschwinden von Schreck deuten darauf hin, dass sich die Schülerschaft hierüber keine Sorgen gemacht hatte. So gibt Joachim Lau an, er habe sich „keine großen Gedanken“ darüber gemacht.⁵³ Auch nach den Erinnerungen von Bernhard Donati existierte keine große Betroffenheit bei den Schülern über das Verschwinden von Julius Schreck.⁵⁴

Und wie verhielt sich Julius Schreck selbst? Er korrigierte die gesammelten Aussagen in seiner ersten Vernehmung nur im Detail, im Kern stimmte er ihnen zu, nach einem Vermerk der Gestapo „nach längeren und hartnäckigen Leugnungs- bzw. Verdrehungsversuchen“⁵⁵. Bemerkenswert ist hierbei, dass er angab, für einige seiner kritischen Aussagen Quellen zu haben, er es also von anderen gehört hätte. Er weigerte sich jedoch erfolgreich, preiszugeben, wer ihm die Informationen geliefert habe,⁵⁶ und schützte damit andere vor etwaigen Problemen mit der Staatsmacht.

Versuch einer politischen Einordnung

Schrecks Art, politische Kritik zu äußern, war ironisch, süffisant. Unmissverständliche Randbemerkungen und Witze waren seine Form der politischen Äußerung. Beispielsweise erzählte er den Schülern einen Witz über die Bezeichnung nationalsozialistischer Städte: München als Stadt der Bewegung, Nürnberg als Stadt der Parteitage und Augsburg als „Stadt des Aufstiegs“. Als ein Schüler daraufhin loslachte, lachten alle. Ein anderer fragte, ob Rudolf Hess und sein Flug nach England damit gemeint seien, woraufhin Schreck nichts sagte.⁵⁷

Ähnlich verpackte er bei den Schülern seine Kritik an der Kriegsberichterstattung. So sagte er, dass früher die Märchen mit dem Satz „Es war einmal“ begonnen hätten, „heute dagegen beginnen sie mit dem Satz: Das Oberkommando der Wehrmacht berichtet.“⁵⁸ Nach seiner ironischen Kritik, seinen Witzen schob er oft nach: „Ach, nun habe ich wieder etwas gesagt, das hätte ich eigentlich nicht sagen dürfen.“⁵⁹ Ihm war es also zweifellos bewusst, was er tat.

Wenn wir uns die Ausgangsfrage, wo Schreck politisch zu lokalisieren ist, noch einmal vergegenwärtigen, dann fällt es schwer, eine eindeutige Antwort zu finden. Bisher festhalten lässt sich, dass Schrecks Kritik an Teilen der nationalsozialistischen Politik äußerte:

1. Schreck störte die nationalsozialistische Propaganda hinsichtlich der Kriegsberichterstattung; er traute ihr nicht, sah vielmehr die drohende Niederlage Deutschlands.
2. Ihn verärgerte die Versorgungspolitik der NS-Regierung und hierbei insbesondere die Lebensmittelversorgung.

Zu bemerken ist, dass diese Kritik den Nationalsozialismus ideologisch nicht angriff, vielmehr handelt es sich um Kritik an einigen Erscheinungen der nationalsozialistischen (Tages-)Politik. Zugleich finden sich durchaus auch Hinweise in den Ermittlungsakten, die auf eine Nähe Schrecks zum Nationalsozialismus hindeuten. Auf der einen Seite ist seine Mitgliedschaft in einigen NS-Gliederungen zu nennen, die aber nicht zu schwer gewichtet werden sollte, schließlich unterließ er – als Beamter – den Parteieintritt und entzog sich auch einer zu großen Vereinnahmung beispielsweise durch Schulungen der Parteigliederungen.

Einen weiteren Einblick in seinen Unterricht und damit auch in sein politisches Denken ermöglicht ein Schreiben seines Rechtsanwalts, in dem jener die Aufsatzthemen Schrecks zusammengetragen hatte, um dessen Staatstreue nachzuweisen. Anderthalb Dutzend Aufgabenstellungen umfasst diese Auflistung, darunter „Weshalb ist gerade die Deutsche Jugend dem Führer zu Dank verpflichtet?“ (1938/39) oder „1938 Großdeutschland!“ (Wie hat der Führer die politische, völkische und wirtschaftliche Lage unseres Reiches in Europa neu geformt?)“ (1938/39).⁶⁰

Quellenkritische Bedenken, die Angaben zu den Schüleraufsätzen könnten nur aus Verteidigungsgründen im Kontext des Strafverfahrens konstruiert worden sein, sind nicht schlüssig. Schließlich wäre es den Ermittlern ohne Probleme möglich gewesen, den Wahrheitsgehalt anhand von Schüler- und Lehrerbefragung oder durch entsprechende Schulakten zu prüfen. Zugleich werden keine Aufsatzthemen ab 1942 genannt. Unklar ist, welche Aufsatzthemen, die Schreck gestellt hatte, von seinem Anwalt nicht genannt wurden.

Julius Schreck (3.v.l.) bei einer militärischen Übung auf dem Schießplatz Börnsen, 1938

Dass hier tatsächlich eine einseitige Auswahl der Aufsatzthemen getroffen wurde, wird anhand eines außergewöhnlichen Quellenfonds deutlich. Im Rahmen der Proteste der 68er-Bewegung gab es auch an der Sachsenwaldschule zumindest Anfänge des kritischen Hinterfragens der NS-Vergangenheit. Einige Schüler wollten dabei herausfinden, was ihre Lehrer während der Zeit des Nationalsozialismus gemacht hatten.⁶¹ Der Schüler Holger Knack stieß dabei im Schularchiv auf eine Aufgabe aus einer Klassenarbeit, die offensichtlich Julius Schreck am 24. April 1941 gestellt hatte. Etwas verklausuliert heißt es dort: „Ich habe mir eigends ein Fahrrad gekauft, um gelegentlich eilends nach Aumühle zu fahren, da ich sonst nirgends vollends satt werde, namentlich fehlt es an fett [sic], und trotzdem ich frau [sic] Rathmann flehentlich bat, mir gelegentlich etwas Butter zu geben, überhörte sie meine Bitte geflissentlich, trotzdem nirgends etwas zu sehen war, und sie eigentlich es hätte tun können.“⁶² Hier zeigt sich wieder die Kritik Schrecks an der Versorgungspolitik im NS-Staat.

Zu den hitlertreuen Aufsatzthemen passt auch eine Notiz, die Julius Schreck im April 1938 hinsichtlich des „Anschlusses“ Österreichs in ein

Büchlein für seine Tochter notierte. Dort betonte er, dass 1938 „ein ganz grosses Jahr der Deutschen Geschichte“ sei. Und dann: „Du musst noch in deinen späteren Tagen daran denken, dass Du es als Kind miterlebt hast; dass Du im Bild gesehen hast, wie der Führer Adolf Hitler in der neuen Deutschen Ostmark mit den Regimentern der neuen Deutschen Wehrmacht eingezogen ist. Denke immer daran und sei bemüht, dass Du in dem neuen Deutschland an der Stelle, wohin Dein Schicksal dich stellt, als Glied eines starken Volkes in einem schönen Reich bestehen kannst.“⁶³

Offensichtlich verehrte Schreck Hitler, zumindest im Jahre 1938. Und deutlich wird hier auch, dass Schreck Deutschlands Größe wichtig war. Insofern ist es wohl kein Zufall, dass er noch im Jahre 1954 bei der Frage nach der Staatsangehörigkeit „DR.“ angab,⁶⁴ also „Deutsches Reich“, obwohl die Bundesrepublik Deutschland da schon fünf Jahre existierte.

Indirekt verbunden mit dem Nationalen war für Schreck das Militärische. Er zeigte dabei in der Reinbeker Öffentlichkeit so deutlich, dass er bei der Wehrmacht den Dienstgrad des Hauptmanns innegehabt hatte, dass dies anscheinend bei Teilen der Bevölkerung negativ zur Kenntnis genommen wurde.⁶⁵

Hinsichtlich der politischen Einordnung ist auch eine Erklärung von Julius Schreck bedeutend, die er im Rahmen seiner Entnazifizierung als Anlage dem Fragebogen der Engländer beifügte (vgl. S. 60ff.). Während der Wert solcher in der Nachkriegszeit entstandenen Quellen für die Fragestellung, wo die Betroffenen vor 1945 politisch standen, eigentlich fast immer als äußerst gering zu werten ist, verhält es sich bei diesem Dokument meines Erachtens anders. Dies liegt nicht nur daran, dass Julius Schreck zu den Verfolgten des NS-Regimes zählte, sondern ist vor allem darauf zurückzuführen, dass seine Aussagen einerseits inhaltlich weitgehend zu den Quellen vor 1945 passen und andererseits Schreck durchaus auch Aspekte benennt, die er hier hätte geflissentlich verschweigen können.

In dem Dokument findet sich keine Kritik an der NS-Ideologie im engeren Sinne. In der Folge bleiben seine Ausführungen politisch vage, bisweilen oberflächlich. In dem Text spielen eher Begriffe wie „Gewissen“ und „Verantwortung“ eine Rolle, ohne aber politisch definiert zu werden.

Schreck verweist wahrheitsgemäß darauf, dass er sich geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten. Dies begründet er mit zwei Argumenten:

1. Dass die „Masse“ und „ein sehr grosser Teil der höheren Beamten und der Erzieher an den höheren Lehranstalten aus verwerflichen Gründen – wenn ich von den Ideal-Nationalsozialisten absehe – in die Partei“ eingetreten sei.⁶⁶ So kritisierte er auch, dass viele Männer aus der NS-Führungsriege „weder sachlich noch charakterlich“ in der Lage gewesen seien, „das Schicksal des deutschen Volkes verständig und würdig“ zu lenken.⁶⁷

Entsprechend sah er auch „in den untergeordneten Ämtern der NSDAP Minderwertigkeit und Charakterlosigkeit“. ⁶⁸

Zieht man zu dieser Argumentation seine Aussagen von vor 1945 hinzu, dann wird deutlich, dass er diejenigen kritisierte, die in die Partei eingetreten waren, um den eigenen Vorteil zu sichern, und eben nicht aus uneigennützigem *Idealismus*. In sich schlüssig störte er sich insofern nicht an den überzeugten Nationalsozialisten, an den *Überzeugungstätern*, in seinen Worten den „Ideal-Nationalsozialisten“. Kritik an der NS-Ideologie lässt sich hieraus sicher nicht ableiten.

2. Als weiteren Grund für seinen ausgebliebenen Eintritt in die NSDAP nannte Schreck, „dass die Gedanken, die man als die ‚tragenden‘ im Gedankengebäude der NSDAP zu bezeichnen pflegte, in keiner Weise neu waren.“ ⁶⁹ Weiter führte er dazu aus: „Bei einer ungestörten und aufrichtigen Entwicklungsmöglichkeit in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg hätten sie [die tragenden Ideen der NSDAP] sich bei ruhiger und ehrlicher Zusammenarbeit mit den Staaten und Völkern, die an den gleichen Fragen Anteil nahmen, zur Reife entwickeln können.“ ⁷⁰

Schreck bleibt hier vage und kritisiert die NS-Ideologie nicht im Kern. Dabei muss offen bleiben, ob er die NS-Ideologie – wie beispielsweise die Frage nach dem Lebensraum im Osten – überblickt hat. Möglicherweise dachte er an Bündnisse mit den westlichen Mächten, die nach seiner Vorstellung ggf. „an den gleichen Fragen Anteil nahmen“. Der Antisemitismus der Nationalsozialisten wird an dieser Stelle wie auch in der gesamten Erklärung jedenfalls nicht kritisiert; offensichtlich störte er Schreck nicht.

Wichtig blieb ihm aber auch nach seiner Verhaftung das Nationale. So formulierte er in einem privat überlieferten Brief an einen ehemaligen Schüler im Dezember 1944 seinen „schönste[n] und beste[n] Wunsch, [...] dass unserem gequälten und geschändeten Volk endlich der Frieden“ kommen werde. Zugleich drückte er die Hoffnung aus: „Möchte die Nation unzerbrochen aus diesem Ringen hervorgehen.“ ⁷¹

Noch deutlicher wird er in einem Brief vom November 1944: „Du hast recht: das Einzige, was dem deutschen Volk und dem deutschen Menschen bleibt, das ist der Kampf bis zum Äussersten. Und uns bleibt nichts, als da, wo wir stehen, unsere Pflicht zu tun.“ ⁷² Deutlich wird an dieser Äußerung abermals, dass er den Nationalsozialismus nicht ideologisch und nicht im Kern attackierte, andernfalls hätte er sich nicht so über das nahe Kriegsende geäußert.

Seine Erklärung von 1945 und auch die Quellen aus der NS-Zeit zeigen, dass Julius Schreck die Propaganda, hier vor allem die Kriegs-Propaganda, deren verfälschte Darstellung der Realität, zutiefst ablehnte. Zugleich ist damit verbunden, dass er die militärische Situation Deutschlands kritisch

beurteilte und damit dem anscheinend grenzenlosen Endsieg-Glauben seiner Kollegen entgegenstand. So soll Schreck nach Aussage eines ehemaligen Schülers im Unterricht auch Propagandaminister Goebbels selbst angegriffen haben. Nach der Landung der anglo-amerikanischen Truppen in Afrika sagte Schreck demnach: „Nun kann Goebbels sein Maul noch soweit aufreißen, gelandet sind sie doch.“ Auch habe er die Artikel von Goebbels in der Wochenzeitschrift *Das Reich* kritisiert: „Es ist geradezu lächerlich, dies dauernde Gekeife von Goebbels, es gibt zum Glück noch genug vernünftige Menschen, die andere Zeitungen lesen als diese miesen Blätter wie das Reich.“⁷³

Schreck war der Widerspruch, die Kritik wichtig. So schrieb er 1945 nach Kriegende: „Ich musste es auch immer ablehnen, die deutsche Geschichte und die der europäischen Völker so zu sehen und so zu unterrichten, wie sie von nationalsozialistischer Seite her gesehen und unterrichtet werden sollten. Auch in dem von mir vertretenen Fach der Erdkunde musste ich es zurückweisen, bei der Behandlung kultur- und wortschaftsgeographischer [sic] Fragen und politischer Probleme die vorgeschriebene Meinung zu vertreten.“⁷⁴ Auch lehnte er hiernach ab, was vom NS-Staat als „Bildungsgut“ und als „Literatur“ bezeichnet wurde; beide Wörter setzte er in Anführungsstriche, denn diese „Kunst“ müsse „die Jugend in höchstem Masse vergiften“.⁷⁵

Dass sich Schreck nicht an diese Vorgaben des NS-Staates hielt, begründete er mit seinem Gewissen: „Ich fühlte mich vor meinem Gewissen verpflichtet, bei der deutschen Jugend die Grundlage zu einer richtigen und anständigen Beurteilung [...] in dem mir gesteckten Rahmen zu legen.“⁷⁶

Von Julius Schreck bleibt das Bild eines ambivalenten Menschen, der zu eigensinnig war, um sich politisch eindeutig zuordnen zu lassen. Dies wird auch in einem Brief deutlich, den er an einen ehemaligen Schüler am 9. Dezember 1944 schrieb. In der einzigen nicht-staatlichen Quelle aus der Kriegszeit, in der er auf seine Verhaftung Bezug nimmt, wird seine ambivalente Haltung zum NS-Staat quasi zusammenfassend deutlich:

„Aus dem Absender erkennen Sie, dass mich die Dienststrafkammer in Schleswig und das Reichsverwaltungsgericht in Berlin ‚aus dem Amt entfernt‘ haben. Es genügt mir, zu wissen, dass das Urteil nicht gerecht ist. Ich glaube sicher, dass die Jungens und Mädchen, die ich seit 1933 mit habe erziehen helfen, im rechten Geist zu unserer Zeit stehen, dass sie sich über die grossen Fragen unserer Zeit ein Urteil bilden können im bejahenden Sinn, soweit er bejaht werden muss. Sie wissen, dass ich nichts mehr hasste, als selbstständig an die Fragen des grossen Geschehens unserer Tage heranzugehen.“⁷⁷

„Als Erzieher ist Schreck unmöglich“: Entfernung aus dem Dienst

Die Aussagen der Schüler, Kollegen, Eltern und anderer Reinbeker hatten weitreichende Konsequenzen für Julius Schreck. Die Gestapo kam zu einem eindeutigen Ergebnis: „Schreck ist überführt und geständig, in einer gehässigen und niederträchtigen Form ungefähr seit Kriegsbeginn gegen Partei und Staat eine schamlose Hetze getrieben zu haben. Durch seine ständigen, aber oft in versteckter Form gebrachten, Verächtlichmachungen der Reichsregierung hat er die Seelen der ihm anvertrauten deutschen Jugend vergiftet und ihnen den Glauben an den Sieg und das Vaterland genommen. Als Erzieher ist Schreck unmöglich. Er ist der typische alte Reaktionär, der die Volksgemeinschaft nicht nur nicht erfaßt hat bzw. erfassen will, sondern absichtlich die Androhungen von Partei und Staat in dieser Hinsicht sabotiert.“⁷⁸

In ihrem Abschlussbericht an den Oberstaatsanwalt bezeichnete die Gestapo Julius Schreck als „intellektuellen Menschen mit hohem Bildungsgrad“. Sein „Hinweis auf die wissenschaftliche Beurteilung einiger seiner Äußerungen dürfte fehl am Platze sein. Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung und keine Wissenschaft.“ Zugleich verwies die Gestapo auf Stimmungen in der Reinbeker Bevölkerung zu dem Fall: „Es wird darauf hingewiesen, daß der größte Teil der Reinbeker Bevölkerung erwartet, daß Schr. für seine unverantwortliche Handlungsweise zur Verantwortung gezogen und entsprechend bestraft wird.“⁷⁹

Am 2. und 5. November 1943 fand die Verhandlung vor dem Sondergericht Kiel statt, das in Lübeck tagte.⁸⁰ Hier wurde er „wegen gehässiger heimtückischer Äußerungen“ eigentlich zu zwei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt, umgewandelt in eine Geldstrafe von 5.000 RM, die zugleich durch die Untersuchungshaft als abgegolten galt.⁸¹ Die Richter waren offenbar darauf bedacht, Entlastendes für Schreck auch hinreichend zu bewerten; wohl deswegen ist das Urteil nicht härter ausgefallen. Auch auf Schrecks Ehefrau wirkte der Vorsitzende Richter anscheinend „beruhigend sachlich, objektiv“.⁸²

Dennoch: Wie wenig der Rechtsstaat noch Realität war, zeigt sich nicht nur an den Ermittlungen an sich, sondern auch daran, wie mit Julius Schreck nach dem Urteil umgegangen wurde. Denn in Haft hätte man ihn eigentlich aufgrund seiner Zeit in der Untersuchungshaft nicht mehr behalten dürfen. Schreck wurde jedoch wenige Tage nach seiner Entlassung abermals inhaftiert; dieses Mal wurde er erst nach Schwarzenbek und dann ins Lager Lübeck-Lohmühle gebracht.⁸³ Gründe für seine abermalige Haft nannte man ihm nicht. Als die Ehefrau Schrecks bei der Gestapo in Lübeck vorstellig wurde, erklärte man ihr, dass man das Urteil des Sondergerichts

Stech. 1943/47.

Kiel, den 23. NOV 1943
Lauenstein,

101
f. ll.
1147/11

Im Namen des Deutschen Volkes !

Strafsache gegen den Studienrat Julius Johann Wilhelm Schreck in Reinbek, Eismarkstraße 17, z. Zt. in U-Haft in der U-Haftanstalt in Lübeck-Lauerhof, geb. am 27. September 1891 in Dickeschied Krs. Untertaunus, verh., wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz.

Das Schleswig-Holsteinische Sondergericht in Kiel hat in der in Lübeck abgehaltenen Sitzung vom 2. November 1943, an der teilgenommen haben:

- Landgerichtsrat Lauenstein
als Vorsitzender,
- Landgerichtsrat Meynan,
- Amtsgerichtsrat Gruhl
als Beisitzer,
- Amtsgerichtsrat ^{W.} Mückhoff
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
ohne Protokollführer

für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen gehässiger heimtückischer Äußerungen an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten zu einer Geldstrafe von 5000.- RM kostenpflichtig verurteilt.

Die Strafe gilt als durch die Untersuchungshaft abgegolten.

für „zu gelinde“ halte. Daraufhin schrieb Schrecks Schwiegervater an den Reichsminister für Justiz⁸⁴ sowie an die Staatsanwaltschaft Kiel. Gegenüber der Staatsanwaltschaft forderte er die Bindung rechtskräftiger Urteile ein: „Diese Einstellung der Gestapo dürfte zu der Frage berechtigen, wozu denn die Sondergerichte überhaupt geschaffen worden sind, wenn ihre Urteile, die doch nach eingehendster Prüfung der Straftat und aufgrund reiflicher erwogener Rechtsauslegung gefällt werden, keine bindende Rechtskraft besitzen?“⁸⁵ Wirkung zeigte dies nicht.

Die Haftzeit lässt sich schwer rekonstruieren. Es liegen lediglich einige Ausführungen Schrecks vor, mit denen er nach 1945 Entschädigung beantragte. Hier heißt es: „Ich wurde vier Monate in strengster Einzelhaft gehalten und kam dann in eine Gemeinschaftszelle, wo ich mit Absicht mit Verbrechern übelster Art (Post- und Eisenbahnmarder, Sittenverbrecher u.s.w.) zusammen gebracht wurde.“ Zur Einzelhaft führte er weiter aus: „Ich wurde in geistiger und moralischer Hinsicht von Aufsichtspersonal [...] unglaublich behandelt. Einzelhaft ohne die geringste Möglichkeit zu geistiger Betätigung, worunter ich als Geistesarbeiter besonders schwer gelitten habe.“⁸⁶

Für die Familie Schrecks hatte die Inhaftierung nicht nur ökonomische Folgen. Nach den Erinnerungen von Schrecks Tochter Barbara liefen einige Freundschaften der Familie „stillschweigend“ aus, eine besonders enge wurde von der anderen Seite „schriftlich gelöst“. Zugleich blieben aber „die meisten Freundschaften“ bestehen. Auch erhielt die Familie Schreck nach dem Erinnerungsbericht „oft heimliche Hilfen“.⁸⁷

Erst am 20. April 1944 wurde Schreck entlassen. Sein schon ab Juli 1943 auf die Hälfte gekürztes Gehalt wurde ihm bereits seit dem 1. Dezember 1943 nicht mehr weitergezahlt, etwaige Pensionsansprüche verlor er 1944 durch eine Entscheidung der Dienststrafkammer in Schleswig-Holstein.⁸⁸ Schreck legte auf Anraten seines Anwalts beim Reichsverwaltungsgericht Berlin Berufung gegen diese Entscheidung ein, um seiner Familie die Pension nach fast 20-jähriger Dienstzeit zu retten. Das Reichsverwaltungsgerichts lehnte den Antrag jedoch ab, und der Urteilsspruch der Dienststrafkammer Schleswig wurde als zu Recht bestehend anerkannt: Entlassung aus dem Amt und Entziehung jeglichen Pensionsanspruches. Als Grund wurde angegeben: völlige Nichteignung als Erzieher im nationalsozialistischen Staat.⁸⁹

Nach seiner Haftzeit hat Schreck in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs mit Privatunterricht Geld verdient, um seine Familie bestmöglich zu versorgen.⁹⁰ Nach dem Krieg war er dann nach Erinnerung eines Zeitzeugen der Erste, der für die aus der Wehrmacht Entlassenen in der Lindenstraße Unterricht organisiert habe.⁹¹

Exkurs IV: Sondergerichte

Die Sondergerichte wurden ursprünglich von der Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen im Juli 1932 nach dem „Preußen-Schlag“ eingerichtet, um politische Unruhen zu bekämpfen. Die Rechte der Beschuldigten waren bei den Sondergerichtsverfahren stark eingeschränkt, um die Prozesse schneller abschließen zu können.⁹²

Im Dezember 1932 wurden die Sondergerichte wieder aufgelöst, wurden aber im Nationalsozialismus mit der Verordnung der Reichsregierung vom 21. März 1933 wieder installiert. Sie dienten nun dazu, Widerstand und oppositionelles Verhalten zu bekämpfen, verhandelten ab 1938 jedoch auch nichtpolitische Delikte. Die Sondergerichte waren in den Oberlandesgerichtsbezirken angesiedelt und mit drei Berufsrichtern besetzt, wobei ab August 1942 Urteile auch von Einzelrichtern gefällt werden konnten. Im Sinne eines gewollten „kurzen Prozesses“ waren „Verfahrensgang, Rechtsweg, Ladungsfristen und Handlungsspielräume der Beteiligten stark verkürzt beziehungsweise eingengt, Rechtsmittel gab es nicht.“⁹³

Das Sondergericht für Schleswig-Holstein war von 1932 bis 1937 beim Landgericht in Altona, danach in Kiel ansässig. Die Zuständigkeit umfasste die gesamte preußische Provinz Schleswig-Holstein. Das Gericht tagte zumeist in Kiel und in Altona, zum Teil aber auch in der „Provinz“, um am Ort oder in der Nähe des Tatgeschehens Präsenz zu zeigen. Insgesamt sind 3.575 Hauptverfahren überliefert, von denen 2.662 im Zweiten Weltkrieg stattfanden. Ab 1941/1942 stieg die Zahl der Hauptverfahren deutlich an, was auf eine Verschärfung der Rechtslage und Urteilspraxis zurückzuführen ist.⁹⁴

Vor dem Zweiten Weltkrieg war das Sondergericht hauptsächlich für politischen Straftaten, insbesondere nach dem „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei“ zuständig, dagegen fanden die Hoch- und Landesverratsprozesse vor dem Reichsgericht bzw. den Oberlandesgerichten statt.⁹⁵ Verstöße gegen die „Volksschädlingsverordnung“ (27 Prozent), die „Kriegswirtschaftsverordnung“ (26 Prozent) sowie „Heimtücke“-Fälle (24 Prozent) machten seit 1939 den Großteil der Prozesse aus. Von 144 Todesurteilen wurden dabei alleine 83 gegen so genannte Volksschädlinge gefällt.

Für den Kreis Stormarn sind 23 Verfahren wegen „Heimtücke“, 15 wegen dem verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen, 22 wegen Verstößen gegen die „Kriegswirtschaftsverordnung“ sowie sieben wegen des Abhörens feindlicher Sender überliefert.⁹⁶

Kompetenzstreitigkeiten im NS-Staat

Nicht nur die Gestapo in Lübeck war mit dem geringen Strafmaß unzufrieden, sondern auch der Oberstaatsanwalt und der Landgerichtspräsident. Sie schrieben an den Reichsminister der Justiz. Dabei verwiesen sie auf den Antrag der Staatsanwaltschaft, die neun Monate Haft für Schreck beantragt hatte, was ihr anscheinend angemessener erschien. Zwar meinten die beiden Juristen auch, dass die Persönlichkeit des Verurteilten strafmildernd berücksichtigt werden müsse, womit sie auf seine „vaterländische“ Gesinnung anspielten. Dennoch seien die Richter zu weit gegangen, denn: „In diesem Falle dürfte das Sondergericht aber die persönlichen Verhältnisse des Verurteilten gegenüber der Notwendigkeit, die Reichsbelange hinreichend zu schützen zu weitgehend strafmildernd berücksichtigt haben. Dementsprechend scheint die festgesetzte Strafe zu milde und die Umwandlung in eine Geldstrafe [...] nicht angebracht. In Fällen, in denen gleichliegende Verfehlungen zur Aburteilung standen, ist sonst auch auf Gefängnisstrafe erkannt, deren Umwandlung in Geldstrafen nicht in Frage kam.“⁹⁷

Rund zwei Wochen später, am 15. Januar 1944, schrieben sogar der Oberlandesgerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt nach Berlin. Nach ihrer Auffassung sei das Urteil ebenfalls „viel zu milde“, man regte Widerspruch gegen die Entscheidung des Sondergerichts an: „Auch die Äußerungen im Kollegenkreise, in denen er die Objektivität der Wehrmachtsberichte anzweifelte, sind überaus hässlich und gerade, da sie von einem früheren Offizier ausgehen, in der heutigen Zeit nicht ungefährlich. Dabei ist der Verurteilte bereits einmal wegen unpassender politischer Äußerungen im Disziplinarwege verwarnet worden [...]. Es bestehen daher gegen den Strafausspruch so erhebliche Bedenken, daß es uns angebracht erscheint, beim Oberreichsanwalt schon aus diesem Grunde die Nichtigkeitsbeschwerde anzuregen.“⁹⁸

Abgesehen davon, dass man den Lehrer noch härter bestrafen wollte, ist an diesem Schriftverkehr vor allem interessant, dass der Oberlandesgerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt wenig erfreut darüber waren, dass die Gestapo Julius Schreck eigenmächtig und ohne Rücksprache mit der Rechtsprechung in Schutzhaft nahm. So schrieben die beiden Juristen: „Hätte das Sondergericht auf Grund des von ihm nach den Urteilsgründen für erwiesen erachteten Sachverhalts eine Strafe etwa von 6 bis 8 Monaten Gefängnis verhängt, so wäre nach Lage des Falles und der Praxis des Sondergerichts auch auf diese Strafe die erlittene Untersuchungshaft von über 7 Monaten angerechnet und der Verurteilte unmittelbar oder zum mindesten kurze Zeit nach der Hauptverhandlung aus der Haft entlassen worden.“

Wenn trotzdem die Gestapo wenige Tage nach der Hauptverhandlung ohne Kenntnis der schriftlichen Urteilsgründe die Wiederinhaftnahme des Verurteilten anordnete, so ist dieser Eingriff, der den Gegensatz staatlicher Organe in der Beurteilung derselben Sache öffentlich hervortreten läßt und im Ergebnis als Korrektur eines Urteilspruches durch die Gestapo für die Justiz unerträglich ist, um so weniger zu verstehen, mag auch der auf 5.000 RM Geldstrafe lautende Strafausspruch an sich untragbar und eine Kritik des Urteils daher nicht unberechtigt sein.

Bei dem sonst guten, kameradschaftlichen Verhältnis zwischen den Dienststellen der Justiz und der Gestapo im Bezirk ist besonders zu bedauern, daß die Gestapo sich nicht zunächst mit uns ins Benehmen gesetzt hat, um auf dem gesetzlich zugelassenen Weg eine Abänderung des Urteils herbeizuführen.⁹⁹ Diese Klagen der Justiz waren anscheinend keine Einzelfälle, vielmehr finden sie sich auch in Lageberichten des Kieler Oberlandesgerichtspräsidenten an den Reichsjustizminister wieder.¹⁰⁰

Im Reichsjustizministerium bewertete man das Strafmaß des Sondergerichts zwar auch als „zu milde“. Gleichwohl sollte von einer Nichtigkeitsbeschwerde abgesehen werden, da bei einer erneuten Verhandlung nicht zu erwarten sei, dass die Strafe die Untersuchungshaftzeit wesentlich übersteigen würde.¹⁰¹

Nach 1945: Julius Schrecks Rolle in Entnazifizierungsverfahren

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand auch für Julius Schreck eine Zäsur statt. Er konnte am 1. Oktober 1945 wieder in den Schuldienst zurückzukehren.¹⁰² Gegenüber den Engländern betonte er, dass er „an dem Neuaufbau eines anderen deutschen Erziehungswesens mithelfen“ möchte.¹⁰³ Später erhielt Schreck Wiedergutmachung, indem ihm die Dienstbezüge gezahlt wurden, die er ohne Entlassung aus dem Schuldienst erhalten hätte.¹⁰⁴ Auch wurde ihm Entschädigung für seine Haftzeit gezahlt.¹⁰⁵

Zugleich stand die Entnazifizierung an, in der die Deutschen nachzuweisen mussten, inwiefern sie in das NS-Regime involviert gewesen waren. Es überrascht nicht, dass viele Betroffene nachzuweisen versuchten, dass sie keine Nationalsozialisten waren. Ab 1946 gab es fünf Kategorien, in die die am Nationalsozialismus Beteiligten eingeteilt wurden: I. Hauptschuldige, II. Belastete, III. Minderbelastete, IV. Mitläufer und V. Entlastete. Es ist bisher kein Fall aus Schleswig-Holstein bekannt, bei dem der Betroffene in die Kategorie I oder II eingestuft wurde, nicht einmal der Gauleiter Hinrich Lohse.¹⁰⁶

Im Landesarchiv in Schleswig finden sich heute die meisten Entnazifizierungsakten aus Schleswig-Holstein, so auch viele zu den Personen, die

in das Sondergerichtsverfahren gegen Julius Schreck von 1943 involviert waren. Julius Schreck sagte in diesen Entnazifizierungsverfahren immer wieder aus, nahm Stellung, häufig für die Beschuldigten. Dies war beispielsweise auch bei seinem Kollegen Kurt Stoldt der Fall. Offensichtlich griff wieder die persönliche Beziehung; Stoldt, der sich 1943 für Schreck eingesetzt hatte, konnte nun auf Julius Schreck zählen.

Stoldt war bereits 1932 Mitglied der NSDAP geworden, ab 1933 als Amtsleiter in Reinbek tätig. Zudem hielt er laut seiner eigenen Aussage im Rahmen seiner Entnazifizierung „seit 1933 gelegentlich Ansprachen auf kleinen dörflichen Parteiveranstaltungen über die Einstellung der NSDAP zu den wichtigsten politischen Tagesfragen.“ Auch habe er „kleinere Zeitungsartikel gleichen Inhalts von mehr örtlicher Bewertung in der Lokalpresse“ veröffentlicht.¹⁰⁷ Klar ist damit, dass Stoldt in Reinbek ein NSDAP-Aktivist war.

Schreck bescheinigt ihm jedoch 1946 etwas anderes: „Während dieser Zeit ist er in keiner Weise als Aktivist der NSDAP in die Erscheinung getreten, sondern hat sich im Gegenteil peinlich bemüht, sich von jeder politischen Tätigkeit fernzuhalten. Andererseits wurde Herr Stoldt, wie mir bekannt ist, von den führenden Männern der Ortsgruppe Reinbek der NSDAP überhaupt nicht als voll zu wertender Nationalsozialist angesehen, was übrigens auch daraus eindeutig hervorgeht, daß man ihn an der eigentlichen Parteitätigkeit überhaupt nicht teilnehmen ließ, sondern ihn lediglich aushilfsweise zu inferioren Sammlerdiensten heranzog.“¹⁰⁸

Hier deutet sich schon an, wie wenig man den Entnazifizierungsakten Glauben schenken darf. Das Motiv für Schrecks Ausführungen wird auch deutlich: „Besonders in meinem Falle hat er, obwohl er wußte, daß ihm das hätte schaden können, eindeutig gegen die Methoden der Geheimen Staatspolizei Stellung genommen und hat sich nicht gescheut, als mein Zeuge in der Verhandlung vor dem Sondergericht aufzutreten.“¹⁰⁹ Schreck revanchierte sich nun also für diese Hilfe.

In der Entnazifizierungsakte des ehemaligen Schulleiters Rudolf Stienen spielte der Fall Schreck ebenfalls eine Rolle. Stienen war am 1. Mai 1933 in

Quelle: Privatbesitz

Kurt Stoldt, Lehrer und früher NSDAP-Aktivist

Quelle: 75 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek, 1999, S. 12.

Schulleiter Rudolf Stienen, ca. 1949

die NSDAP eingetreten, zudem Mitglied in weiteren NS-Gliederungen gewesen, so u. a. in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, im NS-Lehrerbund, im Reichskolonialbund, im Reichsluftschutzbund.¹¹⁰ Als das Reform-Realgymnasium 1937 seinen neuen Namen Sachsenwaldschule erhielt, schrieb er: „In diesem Namenswechsel hat auch der durch unseren Führer herbeigeführte Sinnwandel in unserer ganzen Erziehungsarbeit sichtbaren Ausdruck gewonnen. Der Führer hat uns gezeigt, wo die starken Wurzeln unserer Kraft liegen, im deutschen Blut und im deutschen Boden. So bedeutet uns denn der Name der Schule [...] die Verpflichtung, jetzt und in alle Zukunft unsere Arbeit an der Schule zu leisten zum Wohle der deutschen Jugend im Sinne unseres Führers.“¹¹¹

Schreck sagte auch für Stienen aus: „In meinem persönlichen Falle hat er sich als Zeuge vor dem Sondergericht ohne Rücksicht auf ihm u. U. daraus erwachsenden Nachteile für mich eingesetzt, was mein Rechtsbeistand, Herr R.A. Ewers rühmlich anerkannte.“¹¹² Diese Aussage mag nicht sonderlich überraschen, da sich Stienen auch für Schreck eingesetzt hatte.

Bei den beiden Lehrern, die ihn hauptsächlich belasteten, Karl Jäger und Karl Franke, ist die Sachlage anders. Während Karl Franke im Mai 1944 verstarb, musste sich Jäger noch in einem Entnazifizierungsverfahren rechtfertigen. Jäger – der schon bei der SA-Besprechung gegen Schreck ausgesagt hatte – war in Reinbek einer der frühen Nationalsozialisten, seiner eigenen Aussage nach 1945 zufolge war er von 1927 bis 1930 und wieder ab dem 1. Mai 1933 Parteimitglied. Zudem war er neben anderen NS-Gliederungen noch von 1933 an in der SA aktiv, ab November 1933 als Scharführer.¹¹³

An diesem Beispiel zeigt sich abermals, wie nach 1945 aktiv „vergessen“ wurde. So schrieb Jägers Anwalt – offensichtlich nach Rücksprache mit seinem Mandanten – zum Fall Schreck: „Obwohl er [Jäger] manches gegen Studienrat Schreck hätte vorbringen können und als Zeuge – unter Eidenszwang – auch aussagen müssen, hat mein Mandant sich in klarer Weise schützend vor Studienrat Schreck gestellt und ihn entlastet.“¹¹⁴

Jägers Frau geht noch weiter: „Ich weiss, dass mein Mann stets entsetzt darüber war, dass eine Anzeige gegen Studienrat Schreck gemacht

Protokoll

der 11. Sitzung des Kreis-Sonderhilfeaus-
schusses Stormarn am 14. Dezember 1948.

Zur Sitzung waren erschienen:

1. Herr Tradowsky,	stellv. Vorsitzender
2. Herr Lerbe,	Beisitzer
3. Herr Pietsch,	Beisitzer
4. Herr Dabelstein,	Geschäftsführer.

Vorlage: Überprüfung der am 17.4.45 ausgesprochenen Anerkennung des
ehem. polit. Verfolgten Julius Schreck in Reinbek.

Beschluss:

Der Kreis-Sonderhilfeausschuss beschließt einstimmig, die am 17.4.45 ausgesprochene Anerkennung des ehem. polit. Verfolgten Julius Schreck zu bestätigen. Schreck befand sich wegen feindlicher Einstellung zum Nationalsozialismus vom 26.3.43 bis 20.4.44 in Haft. Eine weitere Verfolgung trat dadurch ein, dass Sch. aufgrund seiner antisemitischen Einstellung aus dem öffentlichen Dienst als Studienrat entlassen wurde. -

Quelle: Nachlass Schreck

Beschneigung des Kreis-Sonderhilfeausschusses Stormarn für Schreck als politisch Verfolgter

worden ist. Nachdem er s. Zt. zum erstenmal bei der Gestapo vernommen worden war, wunderte er sich, dass die Polizei manche Äusserung, die Studienrat Schreck tatsächlich im Kollegenkreis getan hatte, im genauen Wortlaut kannte. Mein Mann meinte, er könne sich das nur so erklären, dass ‚aus dem Kollegenkreis‘ interessierte Parteigenossen den Sturmführer Kaufhold informiert haben müssten.“¹¹⁵ Tatsächlich zählte aber zu den „interessierten Parteigenossen“ ihr Mann selbst: Karl Jäger. Wie in einem Brennglas wird an dieser Aussage deutlich, wie belastete Deutsche nach 1945 die eigene bzw. die NS-Vergangenheit ihrer Nächsten darstellten.

Bei Schreck erstaunt der Wandel, den seine Darstellung im Laufe der Entnazifizierung von Jäger nahm. Während seiner eigenen Entnazifizierung bezüglich Jägers Rolle schrieb er im Jahre 1945 noch: „Dass Herr Studienrat Jäger [...] aus seiner betont nationalsozialistischen Haltung heraus zu meinen Gegnern gehörte, war für mich offensichtlich. In seinem geistigen und bildungsmässigen Niveau unterschied er sich nicht im Geringsten von dem seiner S.A.-Kameraden.“ Daran könne auch nichts ändern, so Schreck weiter, dass Jäger einen Schüler, der bei Schreck schlechte Noten bekommen hatte und „einen Racheakt [...] ausüben wollte“, zurückwies.¹¹⁶

In einem anderen Entnazifizierungsverfahren sagte Julius Schreck zudem, dass Jäger die Beschwerden der Reinbeker SA mitvertreten habe. Daraus schlussfolgerte Schreck: „Zum Falle Jäger hätte ich in diesem Zusammenhang zu sagen, dass ich einer Wiederverwendung Jägers im

höheren Schuldienst ablehnend gegenüberstehe, sie auf keinen Fall hinnehmen könnte.“¹¹⁷

1948 stellte Schreck seinen Kollegen vollkommen anders dar. Nun meinte er plötzlich, er hätte einer Wiederverwendung Jägers im Schuldienst zwei Jahre zuvor nur aus „schulischen Erwägungen“ auf Grund des „persönlichen Auftretens Jägers“ ablehnend gegenübergestanden; dies habe „in keiner Weise irgendetwas mit Politik zu tun“ gehabt.¹¹⁸

Zudem gab Schreck an, Jäger habe auf den „zahlreichen Gängen nach Hause nach Unterrichtsschluss [...] meine Kritik des öfteren als nicht unberechtigt anerkannt.“¹¹⁹ Nach dem Sitzungsprotokoll des Entnazifizierungsausschusses im Fall Jäger hatte Schreck 1948 sogar ausgesagt, „dass in der Gestapo-Angelegenheit des Zeugen [Schrecks Sondergerichtsverfahren] der Betroffene nicht etwa gegen ihn aufgetreten sei, sondern ihn ganz gegenteilig und mit Erfolg entlastet habe.“¹²⁰

Dieser Wandel der Darstellung ist merkwürdig. Warum hatte Schreck seine Meinung geändert? Auffällig ist, dass sich zahlreiche Kollegen der Sachsenwaldschule, an der Schreck ja auch wieder tätig war, für Jägers Rückkehr in den Schuldienst ausgesprochen hatten.¹²¹ Sicher wird der interne Druck der Kollegen auf Julius Schreck, dass er sich für Jäger einsetzen solle, groß gewesen sein. Andererseits war Schreck niemand, der sich hiervon entscheidend hätte beeindrucken lassen, das hatte er während der Kriegszeit deutlich gezeigt. Wahrscheinlicher ist insofern, dass sich Schreck von seinem Anwalt, Hans Ewers, beeinflussen ließ, der ihm nach dem Studium der Sondergerichtsakte berichtet hatte, dass Jäger mit Schrecks Verhaftung „nichts zu tun hatte, dass er nur gesagt hatte, was er sagen musste.“¹²² Ewers war vor 1933 Mitglied in der deutschnationalen Deutschen Volkspartei, nach 1945 in der Deutschen Partei, dort stellvertretender Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein.¹²³

In einem weiteren Entnazifizierungsverfahren meldete sich Julius Schreck ebenfalls zu Wort. Schreck war während des Nationalsozialismus nicht nur in der Schule, sondern auch im Ort selbst mit seiner distanzierten Haltung aufgefallen. So sagte der ortansässige Schuster Richard Rathmann gegenüber der Gestapo im März 1943 aus, dass er Schreck zwar immer mit „Heil Hitler“ begrüßt, der Lehrer den deutschen Gruß aber verweigert habe. Für den Schuster Rathmann stand daher fest: „Aus seiner Einstellung heraus muss ich annehmen, dass er mit der heutigen Regierungsform in keinem Fall einverstanden ist.“¹²⁴

Richard Rathmann war SA-Truppführer, damit unterstanden ihm ca. 40 bis 50 Mann. Während der Entnazifizierung berichtete Julius Schreck, wie er u. a. von Rathmann bedrängt worden war: „Schon gelegentlich einer Silvesterfeier im ehemaligen ‚Landhaus‘ hat sich der Schumacher

Das Kollegium der Sachsenwaldschule 1949. Schulleiter Rudolf Stienen vordere Reihe, 6. v. l., Julius Schreck vordere Reihe, 3. v. r.

Rathmann zusammen mit dem m. E. dämlichen Herrn v. Blomberg jr., der damals die SA Reinbek in der Hand hatte, veranlasst gefühlt, mir meine gegensätzliche Einstellung zum NS-System vorzuhalten.“¹²⁵ Mit Karl Jäger hätte er zusammen die Beschwerde der SA gegen ihn vertreten.¹²⁶ Weiter führte Schreck aus:

„Mir ist ferner betr. des Rathmann in seiner Eigenschaft als S.-A.-Führer bekannt, dass er bei dem sonntäglichen Antreten dieser Horte [sic] sich in einer Weise gebärdete, die höchst unerfreulich war, und die eine Zahl der angetretenen Männer verletzen musste. Ich hatte damals deutlich den Eindruck, dass dem Rathmann seine ‚Führerstellung‘ zu Kopf gestiegen war.“¹²⁷ Rathmann war damit einer derjenigen, die Schreck ablehnte: ungebildete, sich proletenhaft zeigende Aufsteiger im NS-Staat.

Der Pädagoge Julius Schreck

Julius Schreck als Lehrer darzustellen, ist nicht einfach. Zum einen liegt es daran, dass Aussagen von Schülern für die Zeit vor 1945 nur spärlich vorhanden sind. Zudem sind Erinnerungen einerseits generell hoch subjektiv, andererseits wird dies im Fall der Erinnerungen an die eigenen Lehrer noch verstärkt. So bleibt für die Zeit bis 1945, resultierend aus den vorliegenden Akten, das Bild Julius Schrecks als kaum angepasster, eigenwilliger Lehrer, der in seinem Unterricht durch seine kritischen Bemerkungen auffiel.

Quelle: Nachlass Schreck

Julius Schreck und Familie im Jahr 1951

Schreck war insofern ein Individualist, und hier findet sich sicher auch eine Ursache für seine unangepasste Haltung und seine entsprechenden Handlungen. Dass er sich selbst als Intellektuellen sah, ist wohl eher ein typisches Kennzeichen von Studienräten in Kleinstädten, als ein besonders auffälliges Merkmal von Julius Schreck.

Blickt man hingegen auf die Zeit nach 1945 und damit auch auf die Jahre nach Schrecks Haft, dann fällt bei den sich ähnelnden Erinnerungsberichten der Schüler auf, dass er alles andere als ein hervorragender Pädagoge war. So berichtet Bernhard Donati, dass sich der Deutschunterricht bei Schreck unmittelbar nach dem Krieg eher darauf beschränkt habe, Theaterstücke mit verteilten Rollen vorlesen zu lassen. Zum Teil sei Schreck dabei auch schon mal eingeschlafen. Insofern hätten die Schüler bei ihm eigentlich nichts gelernt. Bernhard Donati fasst es so zusammen, dass er und seine Mitschüler meinten, Schreck sei „völlig verbraucht“ gewesen.¹²⁸

Auch auf der persönlichen Ebene schien Schreck die Schüler eher selten erreicht zu haben. Bernhard Donati beschreibt ihn als einen „Mann des vorherigen Jahrhunderts“, er sei „im 20. Jahrhunderts nicht angekommen“, so dass auch besondere Gespräche mit ihm nicht zustande gekommen seien. Er habe „ganz distanziert“ gewirkt.¹²⁹

Auch Anne Lehr berichtet aus ihrer Zeit mit Schreck als Deutschlehrer Mitte der 1950er Jahre, dass die Schüler wie beim Militär behandelt worden

sein.¹³⁰ Ende der 1950er Jahre wurde er von mehreren anscheinend „Opa Schreck“ genannt. Er erschien den Schülern, so Dietlinde Kröger rückblickend, „im Unterricht als völlig unbeweglich“. Die Fünftklässler seien ihm auf der Nase herumgetanzt, während er die ganze Zeit am Pult saß.¹³¹

Ob dieses Verhalten Schrecks auf die Haftzeit zurückzuführen ist, ob es mit seinem anscheinend nicht gerade zurückhaltenden Alkoholkonsum zusammenhing¹³² oder ob seine pädagogischen Begabungen begrenzt waren, lässt sich nicht mehr genau klären. Sein Arzt ging jedenfalls davon aus, dass seine starken gesundheitlichen Probleme auf die Haftzeit zurückzuführen waren.¹³³

Es gibt aber auch positive Berichte über den Lehrer Julius Schreck. So mochte Joachim Flügger, den Schreck 1958 in der fünften Klasse unterrichtet hatte, an ihm „seine gütige Autorität als Herr“. Andere Lehrer erschienen dem Zeitzeugen rückblickend als „deutlich ‚proletenhafter‘“.¹³⁴

Es bleibt, dass Schreck zumindest in Teilen kritisches, hinterfragendes Denken von den Schülern verlangte, was ihn von seinen Kollegen ganz offensichtlich unterschied.

Schlussbetrachtung

Julius Schreck verstarb am 7. Februar 1963 im Alter von 71 Jahren in Reinbek. Seine Geschichte, sein Leidensweg gerieten in Vergessenheit. Leider.

Dieser Lehrer war ein Mensch, der sich seine Eigenständigkeit im Denken bewahrt hatte. Er war ein Individualist, was zugleich sein Denken und Handeln zumindest in Teilen erklärt. Eigenständiges Denken versuchte Julius Schreck auch seinen Schülern zu vermitteln. Kritisch hinterfragen sollten sie, eben auch die nationalsozialistische Propaganda. Dieses kritische Hinterfragen der politischen Geschehnisse war und ist auch heute etwas, das Lehrer ihren Schülern vermitteln sollten.

Schreck hatte eine gewisse Distanz zur nationalsozialistischen Politik, vermutlich schon von Beginn der NS-Herrschaft an, spätestens und vor allem verstärkt ab Beginn der 1940er Jahre. Er äußerte jedoch keine klare

Quelle: Nachlass Schreck

Julius Schreck im Jahr 1955

ideologische Kritik am Nationalsozialismus, vielmehr stieß er sich an der im Staat präsenten Unaufrichtigkeit, die sich zum einen auf die verfälschte Berichterstattung der nationalsozialistischen Kriegspropaganda bezog, zum anderen auf diejenigen Nationalsozialisten, die nach Meinung von Schreck nicht aus wirklicher Überzeugung Nationalsozialisten wurden, sondern um des eigenen (materiellen) Vorteils wegen. Auch störte ihn die Lebensmittelversorgung im NS-Staat.

Er war jemand, der seine Kritik auch laut äußerte, aber nicht in Form von Flugblättern o. Ä., sondern in seinem beruflichen Umfeld, im Lehrer- und Klassenzimmer. Hierdurch geriet er in das Fadenkreuz des NS-Staates. Es zeigt sich, wie mächtig der Staat war, wie aus heutiger Sicht schon kleinste Kritik ausreichte, um politisch verfolgt zu werden. Ebenfalls wird deutlich, wie der Staat versuchte, in den Klassenraum und auch in private Unterhaltungen einzudringen. Minderjährige wurden so zu Denunzianten gemacht. Manche seiner Lehrerkollegen sagten gegen Julius Schreck aus. Aber immerhin, einige stellten sich schützend vor ihn.

Dass Schreck Kritik an Teilen des NS-Staates übte, macht ihn besonders. Dass seine politische Position dabei nicht frei von Ambivalenzen war, macht ihn als Person noch interessanter, auch für den Geschichtsunterricht von heute. Dabei kann es nicht darum gehen, eine Erzählung zu entwickeln, die Julius Schreck im Sinne des heutigen Staates als demokratischen Vorkämpfer darstellt. Das war er nicht. Das waren aber auch andere nicht, wie etwa die Vertreter des militärischen Widerstands um den 20. Juli, auch wenn sie heute von den politischen Repräsentanten zumeist recht einseitig so dargestellt werden, beispielsweise vom damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière im Jahre 2013.¹³⁵ Konzeptionell lehnten die meisten Widerständler des 20. Juli vielmehr die moderne, pluralistisch-parlamentarische Demokratie ab.¹³⁶ Wollte man Julius Schreck in die politische Landschaft des deutschen Widerstands einordnen – auch wenn er kein Widerstandskämpfer war –, dann stand er politisch diesen alten Eliten um den 20. Juli wohl am nächsten. Die politischen Vorstellungen der meisten sonstigen Widerständler hätte er sicher abgelehnt, sie kamen nämlich aus dem Kontext der Arbeiterschaft, waren oft Kommunisten.¹³⁷

Neben dem Fall Julius Schreck fällt auf, dass die Literatur über Reinbek im Nationalsozialismus äußerst spärlich ist. Außer einem kurzen Beitrag über den Reinbeker Kommunisten Hans Bauer¹³⁸ ist vor allem die Autobiografie von Georges-Arthur Goldschmidt zu nennen. Sie gibt erste Einblicke in die Zeit des Nationalsozialismus in Reinbek.¹³⁹ Allerdings bringt die rückblickende Sicht gerade bezüglich der Kindheitserinnerungen immer quellenkritische Probleme mit sich. Die Darstellung

von Dirk Bavendamm über Reinbek wirkt bezüglich der NS-Zeit mehr anekdotisch, vieles ist aufgrund fehlender Quellenangaben nicht nachprüfbar, manche Passagen sind zu unkritisch vor allem gegenüber den Erzählungen der Zeitzeugen.¹⁴⁰ Kurz gesagt: Bezüglich Reinbek gibt es noch viel zu erforschen, aufzuarbeiten. Viele könnten dazu beitragen, diese Forschungslücken zu schließen. Vor allem aber den Schulen böte sich hier ein interessanter Unterrichtsgegenstand, der zugleich ein reiches Forschungsfeld darstellt, was natürlich nicht nur für Reinbek gilt. Vielleicht bringt künftig ja gerade eine Schülergruppe die Erforschung der NS-Vergangenheit Reinbeks voran.

Im Jahre 1988 hatte eine Gruppe von Realschülern eine Dokumentation über „Reinbek 1933–1945“ erstellt.¹⁴¹ Die Arbeit der Zehntklässler wurde aber anscheinend nicht von allen in Reinbek begrüßt. Die Stadtverwaltung reagierte abweisend. Einige Reinbeker meinten gar, das Thema hänge einem zum Halse heraus, und man müsse auch einmal vergessen dürfen.¹⁴² Dies ist umso bemerkenswerter, als das Thema hinsichtlich Reinbek nie bearbeitet wurde.

Dabei bietet die Dokumentation der Realschüler mehrere Hinweise für mögliche weitere Forschungen zu Verfolgten des NS-Staates in Reinbek. So wurde der Reinbeker Wilhelm Nagel 1934 wegen „Verächtlichmachung der Reichsfahne“ zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen verurteilt.¹⁴³ Otto Kröger hatte sogenannte „Feindsender“ gehört und wurde zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt.¹⁴⁴ Auch soll der Lehrer der Sachsenwaldschule, Dr. Waldemar Barchfeld, nach einem – anonymen – Zeitzeugenbericht in Konflikt mit den lokalen Nationalsozialisten geraten sein, weil er sich geweigert habe, an einem Fußballspiel zugunsten des nationalsozialistischen Winterhilfswerks teilzunehmen.¹⁴⁵ Hierzu passt die Aussage von Schulleiter Rudolf Stienen in seinem eigenen Entnazifizierungsverfahren, in dem er angab, nicht nur Julius Schreck, sondern auch Brachenfeld sei wegen antinationalsozialistischer Einstellungen belangt worden.¹⁴⁶

In der Arbeit der Schüler wird zudem nicht nur ein Reinbeker Zwangsarbeiterlager erwähnt,¹⁴⁷ sondern auch die Reinbeker Juden und „Halbjuden“ werden dort genannt.¹⁴⁸ Was aus ihnen geworden ist, ist zumindest zum Teil noch offen.

Es bleibt abzuwarten, ob Reinbek bereit ist, sich endlich vorbehaltlos und kritisch mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Der Fall Julius Schreck könnte hierzu einen nötigen und lange überfälligen Anstoß geben.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv Berlin

R3001/146221 BDC, PK Franke, Karl
BDC, PK Schreck, Julius BDC, PK Stienen, Rudolf

Landesarchiv Schleswig

Abt. 358, Nr. 5735 Abt. 460.15, Nr. 300 Abt. 460.15, Nr. 337
Abt. 460.15, Nr. 371 Abt. 460.15, Nr. 372 Abt. 460, Nr. 1162
Nr. 14722

Stadtarchiv Reinbek

Personalakte Julius Schreck, Archiv-Nr. II/1403
Briefe von Julius Schreck an Kurt Knack, 1940er Jahre. Die Briefe werden
an das Stadtarchiv Reinbek abgegeben.

Kreisarchiv Stormarn

Personalakte Julius Schreck, B2/822

Archiv der Sachsenwaldschule

Personalakte Julius Schreck

Nachlass Julius Schreck

Privatbesitz Goswin Schreck, Velbert
Barbara Schreck, Die Sachsenwaldschule in Reinbek während der Zeit des
Nationalsozialismus. Unveröffentlichtes Manuskript aus Anlass des 70-jäh-
rigen Jubiläums der Sachsenwaldschule Reinbek. Stuttgart 1994.

Zeitzeugen

Interview des Verfassers mit Bernhard Donati, 25. Juli 2014.
Interview des Verfassers mit Holger Knack, 25. Juli 2014.
Interview des Verfassers mit Anne Lehr, 25. Juli 2014.
Joachim Flügger an den Verfasser, 6. Februar 2014.
Gerhard Klatt an den Verfasser, 16. November 2013.
Dietlinde Kröger an den Verfasser, 20. Oktober 2013.
Joachim Lau an den Verfasser, 20. Oktober 2013.
Anne Lehr an den Verfasser, 30. Oktober 2013.

Gedruckte Quellen

Allgemeiner Schleswig-Holsteinischer Lehrerverein, Schleswig-Holsteinische Schulzeitung, Jg. 1933.

Georges-Arthur Goldschmidt, Über die Flüsse. Autobiographie. Frankfurt am Main 2003.

Martha Gosch, Eine Lehrerin erinnert sich. In: 50 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek 1974, S. 46-51.

Max Klempau, Zehn Jahre Ortsgruppe Reinbek der NSDAP. 1928 bis 1938. In: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238–1938. Hamburg 1938, S. 177-183.

Julius Schreck, Die Umgestaltung der Erdoberfläche. In: Erdkundliche Blätter. Frankfurt am Main 1927, S. 1-11.

Rudolf Stienen, Die Sachsenwaldschule in Reinbek. In: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238–1938. Hamburg 1938, S. 172.

Literatur

Stefanie Antoniadis-Wiegel, „Reinbek in der Zeit des Nationalsozialismus“. Geschichte eines Projektes im Rahmen eines Schülerwettbewerbs. In: Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Info Nr. 13 (Kiel 1988), S. 60-64.

Stefanie Antoniadis-Wiegel / Wolfgang Walter, Hans Bauer. Ein Reinbecker Kommunist im Widerstand. In: Geschichtswerkstatt Reinbek, Spuren. Berichte aus der Geschichtswerkstatt Reinbek. Reinbek 1990, S. 11-16.

Rita Bake (Bearb.), Wie wird es weitergehen... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934, gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge. Hamburg 2001.

Dirk Bavendamm, Reinbek. Reinbek 1988.

Robert Bohn, Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein. In: Robert Bohn / Uwe Danker (Hg.), „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932–1945. Hamburg 1988, S. 13-37.

Eckhard Colmorgen, Das Schleswig-Holsteinische Sondergericht Altona/Kiel, 1932–1945. Ein Aktenerschließungsprojekt. Schleswig 1995, S. 15-16 [= IZRG-Hefte, 3].

Uwe Danker, Der Schutz der „Volksgemeinschaft“. Zur Arbeit des schleswig-holsteinischen Sondergerichts in statistischer Hinsicht sowie an den Beispielen Rundfunk- und Volksschädlingsverordnung. In: Robert Bohn / Uwe Danker (Hg.), „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht

- Altona/Kiel 1932–1945. Hamburg 1988, S. 38-87.
- Lutz van Dick (Hg.), Lehreropposition im NS-Staat. Biographische Berichte über den ‚aufrechten Gang‘. Frankfurt am Main 1990.
- Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Sachsenwald-Oberschule in Reinbek. 28.11.1924 – 28.11.1949. Reinbek 1949.
- Renate Fricke-Finkelnburg, Nationalsozialismus und Schule. Amtliche Erlasse und Richtlinien 1933–1945. Opladen 1989.
- Gert Geißler, Schulgeschichte in Deutschland: Von den Anfängen bis in die Gegenwart. Frankfurt am Main 2011.
- Michael Hensle, Sondergerichte. In: Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1998, S. 736.
- Gerhard Hoch, Gustav Meyer, ein Kaltenkirchener Lehrerschicksal. Alveslohe 1992.
- Ursel Hochmuth / Hans-Peter de Lorent (Hg.), Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz. Beiträge der „Hamburger Lehrerzeitung“ (Organ der GEW) und der Landesgeschichtskommission des VVN/Bund der Antifaschisten. Hamburg 1985.
- Friedrich-Wilhelm Hoffmann, 50 Jahre Sachsenwaldschule. In: 50 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek 1974, S. 5-17.
- Hartmut Mehringer, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner. München 1997.
- Robert Patett, Der nationalsozialistische Lehrerbund – „Gau Schleswig-Holstein“. Eine Skizze zu seiner Herrschaftsübernahme, Organisation und Tätigkeit. In: Demokratische Geschichte Band 10 (1996), S. 207-243.
- Jana Richter, Nationalsozialistischer Lehrerbund. In: Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1998, S. 608.
- Sachsenwaldschule, 70 Jahre Sachsenwaldschule Reinbek. 1924–1994. Hamburg 1994.
- Sachsenwaldschule Gymnasium Reinbek (Hg.), 75 Jahre Sachsenwaldschule. 1924–1999. Reinbek 1999.
- Sielke Salomon, „...die zeitlebens einen eigenen Weg gegangen ist“. Dr. Ruth Strehl (1907–1967). In: Ulrike Hoppe (Hg.), „...und nicht zuletzt Ihre stille Courage“. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945. Hamburg 2010, S. 164-191.
- Uwe Schmidt, Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg. Hamburg 2006.
- Uwe Schmidt, Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg. Vier Führungspersonen. Hamburg 2008.
- Uwe Schmidt, Hamburger Schulen im „Dritten Reich“. Hamburg 2010.
- Hermann Schnorbach, Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumen-

te des Widerstands von 1930 bis 1945. Königstein/Ts. 1983.

Christina Schubert, Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach 1945 und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. In: Sönke Zankel (Hg.), Skandale in Schleswig-Holstein. Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Kiel 2012, S. 83ff.

Jürgen Zarusky / Hartmut Mehringer u. a., Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition Widerstand als Hochverrat. München 1998.

Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek 1933–1945. Ein unvollständiges Puzzle. Reinbek 1988.

Digitale Ressourcen

Sven Schoen, Entnazifizierungsakten. In: http://www.schleswig-holstein.de/LA/DE/04Benutzung/0406UmgangQuellen/040606Entnazifizierungsakten/040606Entnazifizierungsakten_node.html [Aufruf 20.8.2014].

Der Tagesspiegel, Gedenken an Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, 20. Juli 2013. In: www.tagesspiegel.de/berlin/kranzniederlegungen-in-berlin-gedenken-an-widerstandskampfer-vom-20-juli-1944/8525252.html [Aufruf 16.8.2014].

Landtagsinformationssystem Schleswig-Holstein: <http://lissh.lvn.parlanet.de/cgi-bin/starfinder/o?path=samftlmore.txt&id=fastlink&pass=&search=ID%3D1362&format=WEBVOLLANG> [Aufruf 18.8.2014].

Anmerkungen

Langfassung eines Beitrags aus den Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte Heft 55 (2014). Ein PDF kann auf www.akens.org heruntergeladen werden.

1. Interview des Verfassers mit Bernhard Donati, 25. Juli 2014.
2. Zeugenvernehmung Wilhelm Nagel im Entnazifizierungsverfahren Richard Rathmann, 12.4.1949. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 300.
3. Der Oberstaatsanwalt als Leiter der Anklagebehörde bei dem Sondergericht Kiel an den Reichsminister der Justiz, 12.7.1943 In: BArch R3001/146221.
4. Zu Hamburg liegen einige Untersuchungen vor: Ursel Hochmuth / Hans-Peter de Lorent (Hg.), Hamburg: Schule unterm Hakenkreuz. Beiträge der „Hamburger Lehrerzeitung“ (Organ der GEW) und der Landesgeschichtskommission des VVN/Bund der Antifaschisten. Hamburg 1985; Rita Bake (Bearb.), Wie wird es weitergehen... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934, gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge. Hamburg 2001; Uwe Schmidt, Lehrer im Gleichschritt: Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg. Hamburg 2006; Uwe Schmidt, Nationalsozialistische Schulverwaltung in Hamburg. Vier Führungspersonen. Hamburg 2008; Uwe Schmidt, Hamburger Schulen im „Dritten Reich“. Hamburg 2010; Sielke Salomon, „...die zeitlebens einen eigenen Weg gegangen ist“. Dr. Ruth Strehl (1907–1967). In: Ulrike Hoppe (Hg.), „...und nicht zuletzt Ihre stille Courage“. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945. Hamburg 2010, S. 164-191.

Als Überblick zum Thema Schule und Nationalsozialismus sei verwiesen auf Gert Geißler, Schulgeschichte in Deutschland: Von den Anfängen bis in die Gegenwart. Frankfurt am Main

- 2011, S. 505-613. Weiterführend sind sicher die Dokumentenbände von Hermann Schnorbach, Lehrer und Schule unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstands von 1930 bis 1945. Königstein/Ts. 1983, und Renate Fricke-Finkelnburg, Nationalsozialismus und Schule. Amtliche Erlasse und Richtlinien 1933–1945. Opladen 1989.
5. Dirk Bavendamm, Reinbek. Reinbek 1988, S. 132.
 6. Gerhard Hoch, Gustav Meyer, ein Kaltenkirchener Lehrerschicksal. Alveslohe 1992. Verwiesen sei auch auf den Erinnerungsbericht von Helene Hedde, Als „vierteljüdische“ Studienrätin an einem großstädtischen Gymnasium. In: Lutz van Dick (Hg.), Lehreropposition im NS-Staat. Biographische Berichte über den ‚aufrechten Gang‘. Frankfurt am Main 1990, S. 41-49.
 7. Angaben zu seiner Person von Julius Schreck, Vernehmungsprotokoll Julius Schreck, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 5.
 8. Angaben zu seiner Person von Julius Schreck, Vernehmungsprotokoll Julius Schreck, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 5. Zum nationalsozialistischen Lehrerbund in Schleswig-Holstein siehe Robert Patett, Der nationalsozialistische Lehrerbund – „Gau Schleswig-Holstein“. Eine Skizze zu seiner Herrschaftsübernahme, Organisation und Tätigkeit. In: Demokratische Geschichte Band 10 (1996) S. 207-243.
 9. Urteil des Sondergerichts Kiel gegen Julius Schreck, 23.11.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 102.
 10. BArch, BDC, PK Schreck, Julius.
 11. Vernehmungsprotokoll Julius Schreck, 25.3.1943.
 12. Lebenslauf Julius Schreck, o. D., ca. 1924. In: Stadtarchiv Reinbek, Archiv-Nr. II/1403.
 13. Julius Schreck publizierte auch, siehe: Julius Schreck, Die Umgestaltung der Erdoberfläche. In: Erdkundliche Blätter. Frankfurt am Main 1927, S. 1-11.
 14. Angaben zu seiner Person von Julius Schreck, Vernehmungsprotokoll Julius Schreck, 25.3.1943, Bl. 5, sowie Lebenslauf Julius Schreck, o. D., ca. 1924. In: Stadtarchiv Reinbek.
 15. Notiz über SA-Unterführerbesprechung in Reinbek. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1.
 16. Aussage Truppführer Richter, 11.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1.
 17. Max Klempau, Zehn Jahre Ortsgruppe Reinbek der NSDAP. 1928 bis 1938. In: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238–1938. Hamburg 1938, S. 177-183.
 18. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 382, Heft II. Berlin 1932, S. 27-29, S. 77 bzw. Bd. 434. Berlin 1935, S. 50-51, S. 118, S. 188-190.
 19. Aussage Carl Jäger, 11.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1.
 20. Die SA sprach davon, dass die „Schulbehörde“ einen Verweis ausgestellt habe, nach dem späteren Urteil des Sondergerichts habe dies die „Schule“ unternommen. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 1 und Bl. 107. Die Akten hierzu konnten nicht aufgefunden werden, sie sind wohl in Folge des Krieges vernichtet.
 21. Urteil des Sondergerichts Kiel gegen Julius Schreck, 23.11.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 103 und 105.
 22. Aussage des Schülers P. bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 2.
 23. Aussage des Schülers A. bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 2.
 24. Schreiben vom Rechtsanwalt Ewers an die Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht Kiel, 14.5.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 44.
 25. Aussage Karl Jäger bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 3.
 26. Ebda.
 27. BArch, BDC, PK Franke, Karl.
 28. Aussage Carl Franke bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 3.
 29. Ebda.
 30. Ebda.
 31. Ebda.
 32. Stellungnahme des Schülers B. über Julius Schreck, 20.4.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
 33. Rudolf Stienen, Die Sachsenwaldschule in Reinbek. In: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238–1938. Hamburg 1938, S. 167-173.

34. Chronik 75 Jahre Sachsenwaldschule.
35. Friedrich-Wilhelm Hoffmann, 50 Jahre Sachsenwaldschule. In: 50 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek 1974, S. 9.
36. Martha Gosch, Eine Lehrerin erinnert sich. In: 50 Jahre Sachsenwaldschule. Reinbek 1974, S. 48, und Dirk Bavendamm, Reinbek. Reinbek 1988, S. 135.
37. Stellungnahme des Schülers B. über Julius Schreck, 20.4.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
38. Stellungnahme des Schülers W. über Julius Schreck, 17.4.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
39. Stellungnahme der Schülerin C. über Julius Schreck, 16.4.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
40. Aussage des Schülers S., 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
41. Aussage Kurt Stoldt bei der Gestapo, 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 53.
42. Aussage Heinrich Frahm bei der Gestapo, 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 51.
43. Ebda.
44. BArch, BDC, PK Stienen, Rudolf.
45. Stienen, Die Sachsenwaldschule, S. 172.
46. Aussage Rudolf Stienen bei der Gestapo, 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 51.
47. Uwe Schmidt, Lehrer im Gleichschritt. Der Nationalsozialistische Lehrerbund Hamburg. Hamburg 2006, S. 11ff., und Jana Richter, Nationalsozialistischer Lehrerbund. In: Wolfgang Benz / Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1998, S. 608.
48. Robert Patett, Der nationalsozialistische Lehrerbund – „Gau Schleswig-Holstein“. Eine Skizze zu seiner Herrschaftsübernahme, Organisation und Tätigkeit. In: Demokratische Geschichte Band 10 (1996), S. 209.
49. Patett, Lehrerbund, S. 211 ff.
50. Allgemeiner Schleswig-Holsteinischer Lehrerverein, Schleswig-Holsteinische Schulzeitung, Jg. 1933.
51. Patett, Lehrerbund, S. 234.
52. Patett, Lehrerbund, S. 238.
53. Joachim Lau an den Verfasser, 20.10.2013.
54. Interview des Verfassers mit Bernhard Donati, 25.7.2014.
55. Vermerk der Gestapo, 26.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7.
56. Aussage des Julius Schreck bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7.
57. Aussage des Schülers M. bei der Gestapo, 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 47.
58. Aussage des Julius Schreck bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7.
59. Urteil des Sondergerichts Kiel gegen Julius Schreck, 23.11.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 103.
60. Rechtsanwalt Ewers an die Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht in Kiel, 14.5.1943, S. 8. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 37f.
61. Interview mit Holger Knack, 25.7.2014.
62. Deutscharbeit Nr. 10, Klasse 3b, Sachsenwaldschule, 24. April 1941. Zwar ist der Name Julius Schreck auf dem „Aufgabenblatt“ nicht zu finden, gleichwohl findet sich hier genau Schrecks damalige Kritik wieder, und vor allem erwähnt der Schüler Holger Knack, der den Aufgabenzettel an sich genommen hatte, dass die Aufgabe von Julius Schreck stammt. Interview mit Holger Knack, 25.7.2014.
63. Notiz von Julius Schreck in einem Büchlein für seine Tochter, 17.4.1938, hier in Abschrift. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 25.
64. Antrag Julius Schreck auf Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, März 1954, Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
65. Aussage von Rudolf Stienen in einem Schreiben des Amtsvorstehers in Reinbek an den Oberstaatsanwalt in Kiel, 30.4.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 25.
66. Erklärung von Julius Schreck, o. D. [ungefähr Oktober 1945], Anlage zum Fragebogen der

- Militärregierung vom 17.10.1945. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 337.
67. Ebda.
68. Ebda.
69. Ebda.
70. Ebda.
71. Julius Schreck an Kurt Knack, 9.12.1944, Privatbesitz Holger Knack. Die betreffende Korrespondenz wird an das Stadtarchiv Reinbek übergeben.
72. Julius Schreck an Kurt Knack, 1.11.1944.
73. Aussage des ehemaligen Schülers K., 18.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 58.
74. Erklärung von Julius Schreck, o.D.
75. Ebda.
76. Ebda.
77. Julius Schreck an Kurt Knack, 9.12.1944.
78. Vermerk der Gestapo, 26.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 7.
79. Abschlussbericht der Gestapo an den Oberstaatsanwalt beim Sondergericht in Kiel, 3.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 54.
80. Eidesstattliche Versicherung von Julius Schreck, 22.11.1946. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
81. Urteil des Sondergerichts Kiel gegen Julius Schreck, 23.11.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 102.
82. Verwiesen sei hier auf einen Erinnerungsbericht der Tochter Schrecks aus dem Jahre 1994, in dem sich auch in Abschrift von Tagebuchaufzeichnungen der Ehefrau Schrecks befinden. Barbara Schreck, Die Sachsenwaldschule in Reinbek während der Zeit des Nationalsozialismus. Unveröffentlichtes Manuskript aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums der Sachsenwaldschule Reinbek. Stuttgart 1994. Nachlass Julius Schreck, Velbert.
Leider ist das Original des Tagebuchs nicht überliefert (Goswin Schreck an den Verfasser, 1.9.2014), so dass nicht eindeutig geklärt werden kann, an welchen Stellen es sich um die Erinnerungen der Tochter bzw. um die Tagebuchnotizen der Ehefrau handelt.
83. Eidesstattliche Versicherung von Julius Schreck, 22. Januar 1946, Kreisarchiv Stormarn, B2/822, sowie: Landgerichtspräsident und Oberstaatsanwalt an den Reichsminister der Justiz durch den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Generalstaatsanwalt in Kiel, 27.12.1943. In: BArch R3001/146221.
84. Hermann Luithlen an den Reichsjustizminister, Otto Georg Thierack, 29.3.1944. In: BArch R3001/146221.
85. Hermann Luithlen an die Staatsanwaltschaft Kiel, 12.1.1944. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 131.
86. Julius Schreck, Antragsformular für den Sonderhilfs-Ausschuss, 10.4. 1946. In: LAS Abt. 761, Nr. 14722.
87. Barbara Schreck, Sachsenwaldschule.
88. Eidesstattliche Versicherung von Julius Schreck, 22.1.1946. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
89. Julius Schreck, Antragsformular für den Sonderhilfs-Ausschuss, 10.4.1946. In: LAS Abt. 761, Nr. 14722.
90. Ebda.
91. Gerhard Klatt an den Verfasser, 16. November 2013.
92. Michael Hensle, Sondergerichte. In: Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1998, S. 736.
93. Uwe Danker, Der Schutz der „Volksgemeinschaft“. Zur Arbeit des schleswig-holsteinischen Sondergerichts in statistischer Hinsicht sowie an den Beispielen Rundfunk- und Volksschädlingsverordnung. In: Robert Bohn / Uwe Danker (Hg.), „Standgericht der inneren Front“. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932–1945. Hamburg 1998, S. 39.
94. Danker, „Volksgemeinschaft“, S. 39ff. – Robert Bohn, Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein. In: Bohn/Danker, Sondergericht, S. 25f.

95. Vgl. Eckhard Colmorgen, Das Schleswig-Holsteinische Sondergericht Altona/Kiel, 1932–1945. Ein Aktenerschließungsprojekt. Schleswig 1995, S. 15-16 [= IZRG-Hefte, 3].
96. Danker, „Volksgemeinschaft“, S. 47-48, S. 53.
97. Landgerichtspräsident und Oberstaatsanwalt an den Reichsminister der Justiz durch den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Generalstaatsanwalt in Kiel, 27.12.1943. In: BArch R3001/146221.
98. Oberlandesgerichtspräsident und Generalstaatsanwalt in Kiel an den Reichsminister der Justiz, 27.12.1943. In: BArch R3001/146221.
99. Ebda.
100. Robert Bohn, Die nationalsozialistische Sondergerichtsbarkeit in Schleswig-Holstein. In: Bohn / Danker, Sondergericht, S. 21 und 35.
101. Schreiben des Reichsministeriums der Justiz an den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Generalstaatsanwalt in Kiel, 7.2.1944. In: BArch R3001/146221.
102. Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein an den Zweckverband Oberschule der Sachsenwaldgemeinden, 8.10.1945. In: Stadtarchiv Reinbek, Archiv-Nr. II/1403.
103. Erklärung von Julius Schreck, o.D.
104. Landesregierung Schleswig-Holstein an den Zweckverband Oberschule der Sachsenwaldgemeinden, 30.6.1947. In: Stadtarchiv Reinbek, Archiv-Nr. II/1403.
105. Landesregierung Schleswig-Holstein an Julius Schreck, November 1950. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
106. Sven Schoen, Entnazifizierungsakten. In: www.schleswig-holstein.de/LA/DE/o4Benutzung/o4o6UmgangQuellen/o4o6o6Entnazifizierungsakten/o4o6o6Entnazifizierungsakten_node.html [Aufruf am 20. August 2014].
107. Kurt Stoldt, Fragebogen der Militärregierung, 31.12.1946. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 372.
108. Julius Schreck an das Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein, Höheres Schulwesen, Entnazifizierungsausschuss, 6.8.1946. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 372.
109. Ebda.
110. Rudolf Stienen, Fragebogen der Militärregierung, 14.6.1947. In: LAS, Abt. 460, Nr. 371, und BArch, BDC, PK Stienen, Rudolf.
111. Stienen, Die Sachsenwaldschule, S. 173.
112. Stellungnahme von Julius Schreck über Rudolf Stienen, 26.3.1947. In: LAS, Abt. 460, Nr. 371.
113. Karl Jäger, Fragebogen der Militärregierung [vermutlich 1946]. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
114. Rechtsanwalt Müller an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss in Kiel, 16.2.1950. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
115. Eidesstattliche Versicherung von Marie-Luise Jäger, 20.1.1950. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
116. Erklärung von Julius Schreck, o. D.
117. Julius Schreck an den Entnazifizierungsausschuss der Gemeinde Reinbek, betreffend Richard Rathmann, 20.4.1947. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 300.
118. Julius Schreck an die Geschäftsstelle des Entnazifizierungs-Hauptausschusses für den Kreis Stormarn, betreffend Karl Jäger, 22.11.1948. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
119. Ebda.
120. Protokoll des Entnazifizierungs-Hauptausschuss Kreis Stormarn, 26.11.1948. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
121. Erklärungen von Lehrerinnen und Lehrern der Sachsenwaldschule, 23.4.1948. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
122. Julius Schreck an die Geschäftsstelle des Entnazifizierungs-Hauptausschusses für den Kreis Stormarn, 22. November 1948. In: LAS, Abt. 460, Nr. 1162.
123. Christina Schubert, Die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags nach 1945 und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. In: Sönke Zankel (Hg.), Skandale in Schleswig-Holstein. Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. Kiel 2012, S. 83ff. Verwiesen sei auch auf die Daten im Landtagsinformationssystem Schleswig-Holstein: <http://liss.lvn.parlanet.de/cgi-bin/starfinder/o?path=samflmore.txt&id=fastlink&pass=&search=ID%3D1362&format=WEBVOLLANG> [Aufruf 18.8.2014].

124. Aussage Richard Rathmann bei der Gestapo, 25.3.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 4.
125. Julius Schreck an den Entnazifizierungsausschuss der Gemeinde Reinbek, betreffend Richard Rathmann, 20.4.1947. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 300.
126. Ebda.
127. Ebda.
128. Interview des Verfassers mit Bernhard Donati, 25.7.2014.
129. Ebda.
130. Interview des Verfassers mit Anne Lehr, 25.7.2014.
131. Dietlinde Kröger an den Verfasser, 20.10.2013.
132. So berichtet Schrecks Vorgesetzter Rudolf Stienen im Jahre 1943 darüber, meint aber zugleich, dass Schrecks Dienst darunter nicht gelitten habe. Aussage Rudolf Stienen bei der Gestapo, 1.6.1943. In: LAS, Abt. 358, Nr. 5735, Bl. 51. Für die Zeit nach 1945 sei verwiesen auf: Interview des Verfassers mit Bernhard Donati, 25.6.2014.
133. Julius Schreck an den Sonderhilfsausschuss für politisch Verfolgte beim Landratsamt Bad Oldesloe, 14.4.1953. In: Kreisarchiv Stormarn, B2/822.
134. Joachim Flügler an den Verfasser, 6.2.2014.
135. Gedenken an Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944. In: Der Tagesspiegel, 20.7.2013, www.tagesspiegel.de/berlin/kranzniederlegungen-in-berlin-gedenken-an-widerstandskaempfer-vom-20-juli-1944/8525252.html [Aufruf 16.8.2014].
136. Die Diskussion zum 20. Juli kann hier nicht ausführlich erfolgen; einen kurzen Überblick bietet: Hartmut Mehringer, *Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner*. München 1997, S. 214f.
137. Die meisten Strafverfahren (Anklageschrift und Urteil) gegen Oppositionelle sind zu finden in der Mikrofiche-Edition des Instituts für Zeitgeschichte. Leider ist diese aufwändige Edition gerade von der lokalgeschichtlichen Forschung kaum zur Kenntnis genommen worden. Jürgen Zarusky / Hartmut Mehringer u. a., *Widerstand als „Hochverrat“ 1933–1945. Erschließungsband zur Mikrofiche-Edition Widerstand als Hochverrat*. München 1998.
138. Stefanie Antoniadis-Wiegel / Wolfgang Walter, Hans Bauer. *Ein Reinbeker Kommunist im Widerstand*. In: *Geschichtswerkstatt Reinbek, Spuren. Berichte aus der Geschichtswerkstatt Reinbek*. Reinbek 1990, S. 11-16.
139. Georges-Arthur Goldschmidt, *Über die Flüsse. Autobiographie*. Frankfurt am Main 2003.
140. Bavendamm, Reinbek, S. 129-135.
141. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek 1933–1945. Ein unvollständiges Puzzle, Reinbek 1988. Auch an der Sachsenwaldschule befasste sich Mitte der 1990er Jahre eine Projektgruppe eines Geschichtsleistungskurses mit Reinbek in der NS-Zeit und mit dem Schwerpunkt der Sachsenwaldschule. Ergebnis war eine Ausstellung, die Ergebnisse wurden jedoch nicht für die Zeit nach der Ausstellung dokumentiert. *Sachsenwaldschule, 70 Jahre Sachsenwaldschule Reinbek. 1924–1994*. Hamburg 1994, S. 23.
142. Siehe den Bericht der betreuenden Lehrerin: Stefanie Antoniadis-Wiegel, „Reinbek in der Zeit des Nationalsozialismus“. In: *Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Info Nr. 13* (Kiel 1988), S. 60-64.
143. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek, 38.
144. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek, S. 39
145. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek, S. 27.
146. Stellungnahme von Rudolf Stienen, 14.6.1967. In: LAS, Abt. 460.15, Nr. 371.
147. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek, S. 74.
148. Zehnte Klasse der Realschule Reinbek, Reinbek, S. 64.

Der Autor

Sönke Zankel, Jg. 1973, Studium der Geschichte, Evangelischen Religion, Philosophie, Deutsch und Wirtschaft/Politik an der Kieler Christian-Albrechts-Universität; Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München zum Widerstand der sogenannten „Weißen Rose“. Zurzeit: Studienrat am Ludwig-Meyn-Gymnasium in Uetersen, Lehrbeauftragter am Zentrum für Lehrerbildung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Referententätigkeiten in der Aus- und Fortbildung von LehrerInnen, Autor fachwissenschaftlicher, pädagogischer und fachdidaktischer Beiträge, ausgezeichnet mit dem Deutschen Lehrpreis (2013).

Anhang

Brief von Julius Schreck an Kurt Knack, 9.12.1944 (Auszug)

Zum Schluss noch ganz kurz von mir, falls es Sie interessiert. Aus dem Absender erkennen Sie, dass mich die Dienststrafkammer in Schleswig und das Reichsverwaltungsgericht in Berlin aus dem Amt entfernt haben. Es genügt mir, zu wissen, dass das Urteil nicht gerecht ist. Ich glaube sicher, dass die Jungens und Mädchen, die ich seit 1933 mit habe erziehen helfen, im rechten Geist zu unserer Zeit stehen, dass sie sich über die grossen Fragen unserer Zeit ein Urteil bilden können im bejahenden Sinn, soweit er bejaht werden muss. Sie wissen, dass ich nichts mehr hasste, als unselbständig an die Fragen der grossen Geschehens unserer Tage heranzugehen. -- Heute besuchte ich auch die Eltern von Hxxx Pxxxx aus Wxxxxxxxx, der als Leutnant jetzt im Westen ist. Leider sind alle Gänse in Wxxxxxxxx und auch anderswo, wo ich seit vielen Jahren solche Weihnachtsvögel gekauft habe, vom "Fuchs gerissen". Ich hätte sonst meinen Kindern-unser Junge, der als Seekadett in Ösel eingesetzt war, kommt vielleicht auch Weihnachten auf Urlaub, und auch dem hätte ich das gegönnt -- zu gerne mal einen "anständigen" Weihnachtsbraten auf den Tisch gebracht. Aber es soll halt nicht sein im Jahr 1944. Da müssen wir uns halt mit den normalen 250 gr. auch in der Weihnachtswoche zurechtfinden. Sie sehen, dass auch die Familienväter in der Heimat ihre, wenn auch kleinen und bedeutungslosen Sorgen haben. Aber über die ist ja weg zu kommen. ---- Nun lassen Sie es sich weiter gut gehen, mein lieber Kurt Knack! Ich wünsche Ihnen aus aufrichtigem Herzen alles Gute für das Neue Jahr, und ich denke gern und mit Liebe an Sie. Ihr alter

Lehrer Julius Schreck.

Erklärung des Studienrats Julius Schreck, Sachsenwaldschule Reinbek, zu dem Fragebogen der "Military Government of Germany" Seite 4, Absatz J, Anmerkungen.

Nachdem das durch die NSDAP und ihre verbrecherischen Organe und Handlanger geschändete deutsche Recht zunächst durch die Alliierte Militärregierung wiederhergestellt ist, habe ich die nachstehende Erklärung abzugeben, die ich als Anlage dem von mir auszufüllenden Fragebogen der "Military Government of Germany" Seite 4, Absatz J, Anmerkungen, beifüge. In Wahrung meiner Interessen habe ich das Folgende zu sagen:

Den Eintritt in die Partei im Jahre 1933 musste ich ablehnen,

- 1.) weil ebenso wie die Masse ein sehr grosser Teil der höheren Beamten und der Erzieher an den höheren Lehranstalten aus verwerflichen Gründen--wenn ich von den Ideal-National-Sozialisten absehe--in die Partei eintrat.
- 2.) Weil ich auf Grund sorgfältiger Beschäftigung mit den mir bekannt gewordenen Veröffentlichungen der NSDAP und ihrer Mitläufer frühzeitig und deutlich erkannt hatte, dass die Gedanken, die man als die "tragenden" im Gedankengebäude der NSDAP zu bezeichnen pflegte, in keiner Weise neu waren. In den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten der deutschen Geschichte hatten sie sich bereits klar abgezeichnet. Bei einer ungestörten und aufrichtigen Entwicklungsmöglichkeit in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg hätten sie sich bei ruhiger und ehrlicher Zusammenarbeit mit den Staaten und den Völkern, die an den gleichen Fragen Anteil nahmen, zur Reife entwickeln können.

An diese letzte Erkenntnis anknüpfend war es mir also durchaus möglich, die ethischen Fächer, die ich an der Sachsenwaldschule zu Reinbek vertrat, Deutsch, Geschichte, und Erdkunde und evangelische Religion mit sauberer Einstellung und Überzeugung auch weiterhin in der bisher beobachteten Form zu unterrichten.

Im Verlauf der Jahre nach der "Machtergreifung" war es mir immer klarer geworden, dass die Männer, die sich um Hitler drängten und in führende Stellungen geschoben wurden, weder sachlich noch charakterlich von der Art waren, dass sie das Schicksal des deutschen Volkes verständig und würdig hätten lenken und leiten können. Ich musste auch bald feststellen, dass ebenfalls in den untergeordneten Ämtern der NSDAP Minderwertigkeit und Charakterlosigkeit an der Tagesordnung waren. Daraus musste sich nach meiner Überzeugung ein verhängnisvolles Absinken des gesamten sittlichen, kulturellen und wirt-

wirtschaftlichen Lebens des deutschen Volkes ergeben, das nicht zu einem guten Ende führen konnte und durfte. Dadurch wurde das deutsche Volk in eine Lage gebracht, die zu dem kläglichen Zusammenbruch in der Geschichte aller Völker und aller Zeiten führte.

Dass mich diese Einstellung zu den Dingen und zu der Zeit auch im engsten Kreis meiner Berufstätigkeit zu einer amtlichen und persönlichen Katastrophe bringen musste, war mir völlig klar. Ich konnte aber trotzdem mit Rücksicht auf die mir zur Erziehung mitanvertraute Jugend und vor meinem Gewissen nicht darauf verzichten, meine Haltung auch nur in einem Punkte zu ändern.

Im Unterricht versuchte ich, soweit das in dem mir gegebenen Rahmen möglich war, wenigstens bei einem Teil der Schüler eine wahrhaftige und anständige Stellungnahme zu den Fragen unserer Zeit lebendig zu erhalten. Dabei musste ich zwangsläufig in einen schweren und unüberbrückbaren Gegensatz zu einem Teil des Kollegiums der Sachsenwaldschule geraten. Ich war mir völlig darüber klar, dass ich von dieser Seite her genau beobachtet und bespitzelt wurde. Auch glaube ich mich nicht in der Annahme zu irren, dass von seiten der NSDAP Weisung vorlag, mich zu Fall zu bringen, da ich es trotz mehrfacher Aufforderung von den verschiedensten Seiten her immer wieder unumwunden abgelehnt hatte, in die Pateim einzutreten.

Dass sich der inzwischen verstorbene Studienrat Franke als bezahlter Spitzel der NSDAP und besonders der Gestapo betätigte, war eine Auffassung, die nicht nur ich hatte, sondern die auch von anderen geteilt wurde, umsomehr, als seine charakterliche Veranlagung derart war, dass er sich für ein schäbiges Trinkgeld jederzeit zu Handlungen bereit fand, die für einen auch nur einigermaßen anständigen Menschen ausserhalb jeder Erörterung lagen. Dass "Material" gegen mich gesammelt wurde, nahm ich zunächst an. Zur Gewissheit wurde mir diese Vermutung durch die Drohung, die in einem anderen Falle der jetzige Oberstudienrat der Sachsenwaldschule, der damalige Studienrat Herr Dr. Trettin gegenüber Herrn Oberstudiendirektor Stienen mit verblüffender Offenheit in dessen Amtszimmer laut werden liess. Er erklärte diesem nämlich, dass er, falls ein Teil des Kollegiums, zu dem auch ich gehörte, seine ablehnende Haltung in einer seine Person und seine amtliche Stellung berührenden Frage weiterhin geltend machen würden, keine Sekunde davor zurückscheuen würde, seine sämtlichen Aufzeichnungen über Äusserungen von Kollegen der Geheimen Staatspolizei vorzulegen. Dass Herr Studienrat Jäger von der Sachsenwaldschule zu Reinbek aus seiner betont nationalsozialistischen Haltung heraus zu meinen Gegnern gehörte, war für mich offensichtlich. In seinem geistigen und bildungsmässigen Niveau unter-

schied er sich nicht im Geringsten von dem seiner S.-A.-Kameraden. Diese meine Auffassung über ihn kann ich nicht ändern, wenn er auch einen meiner Schüler, den Abiturienten Heinz K#####, der einen Racheakt gegen mich ausüben wollte, weil er über ein schlechtes Prädikat in Erdkunde enttäuscht und verärgert war, mit seinem niederträchtigen Ansinnen, gegen mich aussagen zu wollen, zurückwies.

Ferner muss ich feststellen, dass ich es niemals habe verstehen können, wie sich Männer meines Berufskreises so vorbehalt- und kritiklos einer Sache beugen konnten, sie auch nur einen Augenblick haben fördern können, deren Minderwertigkeit und Haltlosigkeit so offensichtlich zutage trat. Um so weniger konnte ich das verstehen, als gerade die Lehrer der höheren Schulen jederzeit ungehindert und im Stillen von den obersten Dienststellen der Partei gerne geduldet und hämische gebilligt, durch die niederträchtigsten Gesellen, fall[s] sie nur ein sei es auch noch so unbedeutendes "Amt" in der NSDAP zu verwalten hatten, in der schamlosesten und unwürdigsten Form besudelt und in den Augen der Jugend herabgesetzt wurden. Dabei darf ich nicht unerwähnt lassen, dass der Ortsgruppenleiter von Reinbek, Herr Klempau, ganz im Gegensatz zu dem Vorsitzenden des Zweckverbandes der Sachsenwaldschule Reinbek, Herrn Bürgermeister Claussen, sich in meinem Falle einer wohlthuenden Korrektheit befleissigt hat. Mein Anwalt, Herr Ewers, Lübeck, hob bei seinen Besprechungen mit mir während meiner Untersuchungshaft hervor, dass er selten eine so anständige und sachliche Beurteilung wie die von Herrn Klempau über mich zu Gesicht bekommen hätte, obwohl er in seiner Tätigkeit als Rechtsberater in politischen Fällen viel solcher Schriftstücke in seine Hand bekam.

Aus all dem Gesagten ergab sich für mich eine noch peinlichere Innehaltung der für mich allein möglichen Linie vor allem auch im Unterricht. Ich empfand es als besonders empörend und im höchsten Grade schädlich, ja vergiftend für die charakterliche Entwicklung der deutschen Jugend, ganz abgesehen von der sachlich falschen Beeinflussung im Schulunterricht, wenn ein Teil der mir auch mitanvertrauten Schüler wegen seiner richtigen und anständigen Beurteilung von Völkern und Staaten, die von Hitler und seiner Partei zum Kriege herausgefordert worden waren, angeprangert wurde. Der Schüler Karl W##### der Klasse 5, in der ich den Erdkundeunterricht erteilte, hatte als Sohn eines Hauses, das im wirtschaftlichen und kulturellen Leben ausserhalb der Grenzen des deutschen Reiches vor und nach dem ersten Weltkrieg

eine beachtliche Rolle spielte,selbstverständlich ein der Wirklichkeit entsprechendes Urteil über die englische Nation und ihre weltumspannende Bedeutung.Wenn er diese Meinung,soweit das in seinem Alter möglich war,zum Ausdruck brachte im Verlauf des Unterrichts,wurde er von Herrn Dr.Trettin,einem überzeugten Nationalsozialisten,in einer für meine Begriffe untragbaren und verletzenden Form zurückgewiesen.Herr Dr.Trettin hielt es dann auch noch für erforderlich,nach der Unterrichtsstunde im Konferenzzimmer des öfteren diese nach seiner Meinung"unglaubliche"Einstellung"#####s, die sich nicht mit der von Dr.Goebbels angeordneten und gewünschten Auffassung seiner verlogenen Propaganda deckte,in der abfälligsten Form herauszustellen und zu geiseln.Dass ich es wagte,einer solchen Beurteilung entgegen zu treten,musste mich selbstverständlich in einen immer schärfer werdenden Gegensatz zu den überzeugten Nationalsozialisten im Kollegium bringen.Verstärkt wurde dieser durch meine eindeutige Ablehnung alles dessen,was vom nationalsozialistischen Staat als"Bildungsgut"und "Literatur" herausgebracht wurde.In manchen Unterredungen habe ich einzelnen Herrn des Kollegiums der Sachsenwaldschule immer wieder die Minderwertigkeit der durch die nationalsozialistische Oberschulbehörde eingeführten Lehrbücher gerade meiner Fächer Deutsch,Geschichte und Erdkunde nachzuweisen versucht.Zu einem nicht geringen Teil musste diese nationalsozialistische"Kunst"und dieses nationalsozialistische"Bildungsgut"die Jugend im höchsten Masse vergiften.Ich musste es auch immer ablehnen,die deutsche Geschichte und die der europäischen Völker so zu sehen und so zu unterrichten,wie sie von nationalsozialistischer Seite her gesehen und unterrichtet werden sollte.Auch in dem von mir vertretenen Fach der Erdkunde musste ich es zurückweisen,bei der Behandlung kultur-und wortschaftsgeographischer Fragen und politischer Probleme die vorgeschriebene Meinung zu vertreten.Ich fühlte mich vor meinem Gewissen verpflichtet,bei der deutschen Jugend die Grundlagen zu einer richtigen und anständigen Beurteilung,wenn es mir auch nur bei einem Teil der Schüler gelang,in dem mir gesteckten Rahmen zu legen.

All das musste zwangsläufig dazu führen,dass ich auf Grund der Denunziation von Studienrat Franke hin,der Gewährsmann der S.-A.war Herr Studienrat Jäger,am 26.März 1943 verhaftet wurde.Am 5.November 1943 wurde ich vor dem Sondergericht der Provinz Schleswig-Holstein,die Verhandlungen zogen sich über einen Tag hinaus,sodass ein zweiter Termin angesetzt werden musste,zu einer Gefängnis-und Geldstrafe verurteilt,die" durch die Untersuchungshaft von acht Monaten als abgegolten" angesehen wurde. Nachdem ich acht Tage in Freiheit war,gerade im Begriff zu einer dringend notwendigen Erholungsreise zu fahren,wurde

ich von der Geheimen Staatspolizei am 12. November 1943 ohne die geringste Angabe von Gründen erneut verhaftet. Ich wurde in das S.S.-Polizeilager zu Lübeck eingeliefert. Nur der unermüdlichen Tätigkeit meiner Frau und meines Schwiegervaters habe ich es zu verdanken, dass die beabsichtigte Einweisung in ein Konzentrationslager vorläufig unterblieb. Meine Akten lagen zu diesem Zwecke dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dem S.S.-Obergruppenführer Kaltenborner, Berlin, bereits vor. Am 20. April 1944 wurde ich entlassen--es ist ein reiner Zufall und das Datum hat mit einer Amnestie, wie mir ausdrücklich mitgeteilt wurde, nicht das Geringste zu tun--nach Unterzeichnung eines Reverses, der mir auferlegte, mich jeglicher politischen Meinungsäußerung, die nicht mit der nationalsozialistischen Auffassung im Einklang stand, zu enthalten. Andernfalles müsste meine sofortige Überführung in ein Konzentrationslager erfolgen.

In dem sofort eingeleiteten Dienststrafverfahren vor der Dienststrafkammer Schleswig befreisigte sich der Regierungs- und Landeskulturrat Backe als Vertreter der Einleitungsbehörde einer besonders niederrächtigen nationalsozialistischen Weise. Das Gericht erkannte auf "Entfernung aus dem Amt ohne Anspruch auf Pension". Sowohl mein Rechtsberater, Herr Ewers, Lübeck, als auch ich hatten das deutliche Empfinden, dass dem Gericht von der zuständigen Behörde, in diesem Fall der Oberschulbehörde unter Herrn Oberschulrat Dr. Erichsen Weisung gegeben war, auf diese und nur auf diese Strafe zu erkennen. Hierzu muss ich allerdings bemerken, dass das Urteil hier meinen Absichten entgegenkam insoweit, als ich es hätte ablehnen müssen, weiterhin in dem höheren Schuldienst des nationalsozialistischen Deutschland tätig sein zu sollen, dass ich es ferner hätte ablehnen müssen, mit einem Teil der Herren u. Damen der Sachsenwaldschule zusammen arbeiten zu müssen. Zum Schluss muss ich noch hinzufügen, dass Herr Oberschulrat Dr. Erichsen meiner Frau, die ihn unmittelbar im Anschluss an meine Verhaftung aufsuchte, gegenüber äusserte, ohne auch nur die geringste Kenntnis von den tatsächlichen Vorgängen zu haben, dass "wohl Entfernung aus dem Amt in Frage käme." Die von mir eingeleitete Berufung bei dem Reichsverwaltungsgericht, in der ich einen Teil der mir zustehenden Pension zugebilligt zu bekommen hoffte, wurde in der Sitzung vom 16. November 1944 abgelehnt als "völlig unbegründet".

Ich fühle mich nach reiflicher und gewissenhafter Prüfung veranlasst, diese eingehende Darstellung meines Falles zu geben, weil ich die leider feste Überzeugung habe, dass heute, nachdem das furchtbarste Schicksal über das deutsche Land und das deutsche Volk hereingebrochen ist, von dem die Geschichte überhaupt weiss,

---Seite 6 ---

ein sehr grosser Teil von Parteigenossen ~~weit und~~ wider besseres Wissen weit abrückt von dem, was einmal von ihnen eifrig gefördert und angestrebt wurde. Es müsste das deutlich erkennbare und erschreckende Absinken des Charakters weiter Schichten des Volkes nur noch verschlimmern, wenn dieser Erscheinung nicht mit aller Offenheit, und sei sie noch so schmerzlich für anständige Menschen, festgelegt würde. Da ich es für eine der vornehmsten Pflichten der kommenden deutschen Erzieher halte, hier vor allem helfend und bessernd einzugreifen und mitzuwirken an einer Erziehung einer charaktervollen deutschen Jugend ~~und damit~~ zu charaktervollen deutschen Menschen, konnte und durfte ich vor meinem Gewissen nicht darauf verzichten, die Frage, die zu meiner Verhaftung, zu meiner Bestrafung und zur Entfernung aus meinem Amt führte, in ihrer Entstehung zu erklären. Es ist mein Wunsch, an dieser Erziehung und an dem Neuaufbau eines anderen deutschen Erziehungswesens mithelfen zu können

[handschriftlich]

Julius Schreck
Studienrat a.D.

(Landesarchiv Schleswig-Holstein Abt. 460.15, Nr. 337)

Anlage 2 zum Fragebogen des "Military Government of Germany"

Hamburg, den 13. Juni 1945.

Angaben betreffs Verhaftung durch die Geh. Staatspolizei, Bestrafung durch das Sondergericht und Entlassung aus dem Amt ohne Anspruch auf Pension des Studienrat Julius Schreck von der Sachsenwald-Schule Reinbek.

Juni 1941: Verweis von dem Oberpräsidium-Abtlg. Höheres Schulwesen- der Provinz Schleswig-Holstein, weil ich im Unterricht die Ernährungslage des Deutschen Volkes als ausserordentlich schwierig und für längere Zeit als untragbar behandelt hatte.

26. März 1943 : Verhaftung durch die Gestapo auf Grund der Denunziation ~~aufgrund~~ aus dem Kollegium heraus.

26.März - 5.November 1943: Haft im Untersuchungs-
gefängnis Marstall und Lauerhof zu Lübeck.
Lange Zeit in Einzelhaft ohne diegeringste
Möglichkeit zu geistiger Beschäftigung.

2.Nov u.5.Nov1943:

Termin vor dem Sondergericht Schleswig-
Holstein in Lübeck: Auf grund des Heim-
tücke-Gesetzes wurde ich zu einer Gefäng-
nis - und Geldstrafe verurteilt, die durch
die Untersuchungshaft als abgegolten an-
gesehen wurde.

12.Nov 1943 - 20.April 1944:

Schutzhaft im SS Polizei-Lager Lübeck auf
Anordnung der Gestapo ohne Angabe der
Gründe.

16.Sept.1944:

Verhandlung vor der Dienststrafkammer
Schleswig, die die Anklage erhoben hatte,
dass ich die Pflichten eines Erziehers
im Nationalsozialistischen Staat dadurch
schuldhaft verletzt hatte, dass ich ungefähr
seit Kriegsbeginn wiederholt die Maßnahmen
der Reichsregierung, der NSDAP und ihrer
Gliederungen im Unterricht aus schärfste
missbilligt hatte. Das Urteil lautet auf
Entfernung aus dem Amt ohne Anspruch auf
Pension.

15.Nov.1944:

Das Reichsverwaltungsgericht in Berlin
weist meine Berufung als unbegründet zu-
rück und bestätigt das Urteil der Dienst-
strafkammer Schleswig auf " Entfernung aus
dem Amt ohne Anspruch aus Pension ". D

Der Zweckverband der Sachsenwald-Schule Reinbek hat mir
das Gehalt ab Juli 1943 auf ungefähr die Hälfte gekürzt.
Ab 1.Dezember 1943 wird mir das Gehalt völlig entzogen.

Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt.

Reinbek den 16.Juni 1945.

(Landesarchiv Schleswig-Holstein Abt. 460.15, Nr. 337)